SPD Soziale Politik für Dich.

SPD-STADTVERBAND LEIPZIG
Stadtparteitag | ZUKUNFT BEGINNT MIT UNS.
Leipzig, 1.7.2023

Beschlussbuch

Überblick

Block	Nr.	Titel	Einreicher*in	Beschluss
Klima, Umwelt, Mobilität	K1	Park+Ride-Flächen besser ausschildern und kommunizieren	OV Leipzig-West	angenommen
Klima, Umwelt, Mobilität	K2	Neue Perspektive der Landwirtschaft in Leipzig	OV Leipzig-Nordwest	angenommen mit Ä01 (teilweise)
Klima, Umwelt, Mobilität	K3	Leipzig wächst zusammen: nachhaltig – sozial – gerecht.	AK Mieten & Bauen, AK Mobilität, AK Klima & Umwelt	angenommen mit Ä01
Klima, Umwelt, Mobilität	K4	Sozialdemokratische Mobilitätswende in Leipzig	Jusos Leipzig	zurückgezogen
Klima, Umwelt, Mobilität	K5	Für eine Stadt der Zukunft!	Jusos Leipzig	zurückgezogen
Klima, Umwelt, Mobilität	K6	Eine klimagerechte Stadtgesellschaft funktioniert nicht ohne Umverteilung	Jusos Leipzig	zurückgezogen
Resolution	R1	Fünf Tage Bildungszeit in Sachsen	Gerald Eisenblätter/ OV Leipzig-Süd	angenommen
Soziales	S1	Einsetzung einer hauptamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt Leipzig	OV Leipzig-Südost	angenommen
Soziales	S2	Dezentrale Unterbringung von geflüchteten Menschen konsequent durchsetzen	Jusos Leipzig	angenommen
Soziales	S3	Wohnungspolitik statt Wohnungsmarktpolitik	Jusos Leipzig	angenommen mit Ä01
Soziales	S4	Ananas, Zitrone, Apfel, Banane und mehr – für eine gesunde und ausgewogene Ernährung an Schulen	Jusos Leipzig	zurückgezogen
Soziales	S5	Für eine Ausweitung des Angebots öffentlicher Kitaplätze!	Jusos Leipzig	angenommen mit Ä01 (Komplett-ersetzung)
Sicherheit, Recht	SR1	Gefühlt sicher - Sicherheitsempfinden in Leipzig stärken	AsF Leipzig	angenommen mit Ä01
Sicherheit, Recht	SR2	Gib mir (mehr als) ein kleines bisschen Sicherheit	Jusos Leipzig	angenommen mit Ä01 und Ä02
Sicherheit , Recht	SR3	Leben retten - Helmpflicht auf allen Zweirädern!	OV Leipzig-West	abgelehnt
Bildung, Forschung	B1	Kostenlose Sprachkurse für kommunale Angestellte	OV Leipzig-Altwest	angenommen mit Ä02
Bildung, Forschung	B2	Mehr Restitution wagen	ASJ Leipzig/ Nordwestsachsen	angenommen mit Ä01
Initiativanträge	I 1	Demokratische Partizipation stärken - Versammlungen deeskalieren und differenzieren	SPD-OV Leipzig-Mitte, ASJ Leipzig/ Nordwestsacsen, AG Jusos Leipzig	angenommen

Antrag K 1

angenommen

EinreicherIn: OV Leipzig-West

Park+Ride-Flächen besser ausschildern und kommunizieren

Der Stadtparteitag möge beschließen und an die Stadtratsfraktion weiterleiten:

(1) Die Hinweisschilder und Wegweiser zu den Park-and-Ride-Parkplätzen sind an den Zufahrten zur Stadt Leipzig zu prüfen und zu verbessern – insbesondere zum P+R Lausen.

(2) Die Kommunikation von Park-and-Ride-Parkplätzen ist zu verbessern. Hierzu sollte die Stadt Leipzig auf Großveranstalter zugehen und darauf hinwirken, Park-and-Ride-Plätze den anreisenden Gästen auf Eintrittskarten gemeinsam mit der Fahrberechtigung für den ÖPNV oder anderen geeigneten Wegen bekannt zu machen.

<u>Begründung:</u>

erfolgt mündlich

Antrag K 2

angenommen mit Teil von Ä 01 (Olaf Neumann)

EinreicherIn: OV Leipzig-Nordwest

Neue Perspektive der Landwirtschaft in Leipzig

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Den landwirtschaftlichen Betrieben in Leipzig steht ein tiefgreifender Wandel bevor, um den Folgen der Klimaveränderung und den Anforderungen zum Schutz der Artenvielfalt und Gewässergüte gerecht zu werden.

Wir fordern deshalb ein klares Landwirtschaftskonzept für Leipzig verschränkt mit der Integrierten Wasserkonzeption der Stadt unter Beachtung der unten aufgeführten 10 Punkte.

1. Flächenvergabe nur noch an Betriebe mit einem Zukunftskonzept

Eine entscheidende Möglichkeit für die Gestaltung der zukünftigen Landwirtschaft in Leipzig hat die Stadt durch die Vergabe eigener Landwirtschaftsflächen. Die Vergaberichtlinien der Stadt Leipzig für diese Flächen befinden sich aktuell in Überarbeitung, um zukünftig landwirtschaftliche Betriebe zu begünstigen, die sich für eine klimabewusste und ökologische Bewirtschaftung entscheiden. Das neue Vergabe-Konzept unterstützen wir und arbeiten daran, es zu einem wirklichen Landwirtschaftskonzept weiterzuentwickeln und es zügig in eine Umsetzung zu bringen.
Wir wollen schnellstmöglich Sicherheit für Betriebe schaffen, aber auch klare Zielmarken und Endpunkte setzen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft in der Stadt Leipzig.
Bestandsbetrieben die sich umstellen wollen sichern wir eine Übergangsphase und Unterstützung zu.

2. Klimawandel durch mehr Bäume begegnen

Ergänzend zu den bereits entwickelten Vorschlägen der Vergaberichtlinien setzt sich die SPD Leipzig dafür ein, der Rolle von Bäumen auf landwirtschaftlichen Flächen (Agroforstsysteme) und zwischen und neben den Flächen (Feldhecken oder wegebegleitende Baumreihen an Wirtschaftswegen) einen größeren Stellenwert zu geben. Untersuchungen in Brandenburg, Frankreich und auch im städtischen Wassergut Canitz zeigen, dass Agroforstsysteme, Feldhecken und schattenspendende Bäume einen positiven Effekt auf die Wasserhaltefähigkeit, die Abkühlung der Bodentemperaturen, Bodenerosion, Verringerung von

Nitrateinträgen in Gewässer und auf die Schaffung von Lebensräumen von Wildtieren haben und auch gut auf trockenen Standorten funktionieren. Gleichzeitig ergeben sich durch die landwirtschaftliche Nutzung der Bäume eine Vielzahl von Produkten wie Obst, Nüsse, Wertholz, die gewinnbringend in regionalen Wertschöpfungsketten vermarktet werden können.
Zusammenfassend sehen wir in Agroforstsystemen eine Landnutzungsform, die gut für den Leipziger Raum geeignet ist und setzen uns dafür ein, dass insgesamt mind. 10 Prozent der städtischen landwirtschaftlichen Flächen als Agroforstsysteme bewirtschaftet werden, als Feldhecken und Nutzbaumreihen genutzt werden und/oder für Gewässerrenaturierung zur Verfügung stehen.

3. Wasser wird zur Überlebensfrage

Entscheidend für das Überleben landwirtschaftlicher Betriebe in Leipzig ist das Angebot von Wasser. Da sich Niederschläge zunehmend in das Winterhalbjahr verlagern und damit außerhalb der Hauptvegetationsperiode stattfinden, kommt der künstlichen Bewässerung durch Grundwasserbrunnen und Zisternen gerade im Gemüseanbau eine steigende Bedeutung zu. Damit das überhaupt funktionieren kann und um die Wasserversorgung langfristig sicherstellen zu können, werden wir uns aktiv dafür einsetzen, Niederschlagswasser solange wie möglich in der Fläche zu halten bzw. zu speichern (Thema Schwamm-Stadt), um es für die Vegetationsperiode bereitzustellen. Mit Nachdruck werden wir uns für die Umsetzung der Integrierten Wasserkonzeption der Stadt einsetzen und wir werden versuchen die Bereitschaft für die aktive Pflege der Gewässer zweiter Ordnung an und auf Ackerflächen in den Pachtverträgen berücksichtigen.
Darüber hinaus ist ein kritischer Blick und eine aktive Steuerung bei der Verteilung und der Entnahme von Wasser auf verschiedenen Ebenen (Wirtschaft, Hausgärten, Kleingärten, Stadtgrün, Landwirtschaft, Sportfreiflächen u.a.) notwendig, um eine gerechte Verteilung sicherzustellen. Pilotprojekte für sparsameren Umgang mit Wasser und moderne Speichermöglichkeiten werden wir nach Kräften unterstützen.

4. Bodenfruchtbarkeit langfristig sichern – Abhängigkeit von Kunstdünger verringern

Die Bodenfruchtbarkeit hat einen enormen Einfluss auf die Produktivität landwirtschaftlicher Flächen. Durch den jahrzehntelangen Fokus der Förderpolitik auf Ertragssteigerung, Massenproduktion und großflächigen Anbau ist bei vielen landwirtschaftlichen Betrieben das Wissen und Bewusstsein abhanden gekommen, wie man auch ohne den Einsatz von Kunstdünger den Bodenfruchtbarkeit aufbauen kann.
Die Folge hiervon ist, dass seit Einführung der Kunstdüngung die Humusgehalte der Böden weltweit massiv abgenommen haben. Es wird höchste Zeit diesen gefährlichen Trend umzukehren und die Bodenfruchtbarkeit für nachfolgende Generationen zu sichern.

Aus diesem Grund werden wir uns dafür einsetzen, die Bodenfruchtbarkeit der städtischen Landwirtschaftsflächen genau zu überwachen und die Betriebe dazu verpflichten, humuskonservierend zu wirtschaften und eine humusaufbauende Bewirtschaftung zu belohnen. Dafür ist uns bewusst, dass wir die Betriebe vor allem durch Fortbildungsangebote in die Lage versetzen müssen, sich das teils verloren gegangene Wissen wieder anzueignen.

5. Regionale Nachfrage stärken

Ein weiterer entscheidender Faktor für die Überlebensfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe in Leipzig stellt die regionale Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte dar (Unabhängigkeit vom Welt- und Großmarkt). Die Stadt muss hierbei steuernd tätig werden, indem sie regionale Produkte beim Einkauf von Kantinen städtischer Einrichtungen wie Kitas, Rathaus und städtische Betriebe stärker berücksichtigt bzw. bevorzugt.

Die SPD Leipzig setzt sich dafür ein, dass die regionale Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten stärker im Einkauf von städtischen Einrichtungen und Betrieben berücksichtigt wird. Regional hergestellte nachhaltig und biologisch angebaute Produkte müssen hier eine Marktchance aufgezeigt bekommen um Investitionen in Umbau der Betriebe nachhaltig zu sichern.

Viele landwirtschaftliche Betriebe schrecken vor der Investition in Agroforstsysteme zurück, da es bislang u.a. keine verlässlichen Rahmenbedingungen insbesondere für die Vermarktung z.B. als Energieholz gibt. Die Stadt Leipzig kann die Landwirte bei ihrer Entscheidung für Agroforstsysteme unterstützen, indem sie Energieholz als nachhaltigen Rohstoff zur Strom- und Wärmegewinnung einsetzt.

Darüber hinaus ist für die Vermarktung regionaler Landwirtschaftsprodukte auch die Verfügbarkeit von attraktiven Verkaufsflächen entscheidend. Die SPD Leipzig unterstützt daher unter anderem die Bemühungen gesunde Lebensmittel zu den Menschen zu bringen mit der Sicherung zentraler und dezentraler Wochenmärkte für regionale Produkte und begleitet Bemühungen für kleine Markhallen in Stadt- oder Ortsteilen und das Projekt Neue Markthalle Wilhelm-Leuschner-Platz Verkaufsflächen für regionale Anbieter wohlwollend.

6. Versiegelung landwirtschaftlicher Flächen kritisch überprüfen

Durch die Ansiedlung von Gewerbe und Industrie und die Erschließung von Wohnbaugebieten hat die Stadt Leipzig in den vergangenen Jahrzehnten eine hohe Zahl an landwirtschaftlichen Flächen verloren und wird entsprechend bestehender Bebauungspläne auch noch weitere Flächen versiegeln. Angesichts der zunehmenden Überhitzung der Stadt und der eingeschränkten Aufnahmemöglichkeit der versiegelten Oberflächen von Niederschlagswasser und einleiten ins Grundwasser, fordern wir die Beibehaltung des Status Quo bei der

Flächenversiegelung und ein Moratorium der weiteren Versiegelung von landwirtschaftlichen Flächen. In bestehenden B Plangebieten wollen wir die ursprünglichen Strukturen der Gewässer zweiter Ordnung so weit wie möglich wieder herstellen, verbinden und langfristig mit Wasser füllen. Dazu müssen bestehende gewerbliche Ansiedlungen aktiv aufgefordert werden, ihre Wasserkonzeptionen zu erstellen oder ändern.
Niederschlagswasser auf bebauten Flächen darf nicht länger wie Abwasser behandelt werden, das schnell kanalisiert werden muss, sondern sollte wo es nur geht, in das Grundwassersystem einsickern können oder in Speicherbecken gesammelt werden für eine zeitversetzte Verrieselung und Versickerung.

7. Flächenkonkurrenz zwischen Erneuerbaren Energien und Lebensmittelanbau vermeiden

Durch die gestiegene Attraktivität für Investitionen in Erneuerbare Energien kommt es zunehmend dazu, dass landwirtschaftliche Flächen in reine Stromproduktionsflächen insbesondere für Photovoltaik oder Solarthermie umgewandelt werden. Dieser Trend ist aus unserer Sicht hochproblematisch, da er die Verfügbarkeit landwirtschaftlicher Flächen für die Landwirtschaftsbetriebe zunehmend erschwert. Reine Stromproduktionsflächen sollten die absolute Ausnahme sein. In Genehmigungsverfahren muss zunächst geprüft werden, inwieweit sie sich mit Landwirtschaft in der Unternutzung vereinbaren lässt. Das heißt, ob z.B. ein Anbau von Pflanzen möglich ist, für die eine gewisse Schattierung durch die Photovoltaikplatten akzeptabel oder sogar nützlich wie z.B. beim Anbau von Himbeeren oder zumindest als Weidefläche für Schafe, Ziegen oder alte Rassen von Haustieren muss zwingend geprüft werden. Und eine Energetische Nutzung muss immer einhergehen mit der Pflege des Bodens. Auch während der Nutzung für Energie muss die Humusbildung und die Wasserhaltefähigkeit der Böden erhalten und weiter verbessert werden.

8. Landwirtschaftliche Rahmenbedingungen in Land und Bund voranbringen

Wir fordern die SPD im Land und im Bund auf, die vorhandenen Gesetze klimagerecht anzupassen. Beispielhafte Punkte wären:

- Die Ermöglichung von räumlich nahen Ausgleich durch Anpassung des Punktesystem für Ausgleiche für den Klimaschutz auch durch eine Besserstellung der Ausgleiche durch Gewässer und gewässernahe Vegetation.
- Einleiten von Regenwasser von Dächern in ländlichen Regionen in die Dorfteiche oder renaturierte Gewässer zweiter Ordnung wieder zulassen,
- die Vorflut der Wasserwerke neu regeln, ab dem Punkt bis wohin eingeleitetes Regenwasser gebührenpflichtig ist, Regenwasser gehört in die Fläche wo immer möglich und nicht ins Klärwerk und renaturierte Gewässer zweiter Ordnung können das zukünftig wieder leisten.

- Die Förderpolitik für Landwirtschaft so verändern, dass nicht schiere Masse an Produkten gefördert wird, sondern auch der Einsatz für den Erhalt und die Pflege der Natur damit Blühstreifen möglich sind, Gewässer ihren Platz bekommen und Bäume entlang oder zwischen Feldflächen eine Chance haben. Bauern die unserer Umwelt schützen und pflegen müssen für diesen Aufwand vernünftig entschädigt werden.
- Gesundes Essen fördern welches nicht auf Kosten der Natur, der Tiere und auf die Kosten unserer Kinder und Enkel produziert wird.

9. Ökofeldtage zur Inspiration für Landwirte nutzen

Die SPD Leipzig spricht sich dafür aus, die Ökofeldtage 2025 in der Region Leipzig zu unterstützen. Die regionalen landwirtschaftlichen Betriebe können hier direkt vor Ort innovative Konzepte kennenlernen, mit denen ökologischer Landbau und Wasserschutz wirtschaftlich machbar sind. Wir wollen Menschen überzeugen und mitnehmen statt ihnen Vorschriften zu machen.

Wir werden uns mit dem Organisations-Team der Ökofeldtage in Verbindung setzen und dafür einsetzen, dass es eine Vielzahl von Vorträgen und Workshops gibt, die für die klimatische Situation in Leipzig und einen möglichen Umbau der Landwirtschaft geeignet und übertragbar sind.

10. Unser Ziel ist eine Landwirtschaft die auf den Einsatz von Pestiziden verzichten kann!

Durch den Klimawandel werden Pflanzenkrankheiten, Schädlingsbefall und Extremwetterlagen auch bei uns in Leipzig zunehmen. Um den dadurch erhöhten Druck auf nützliche und unverzichtbare Insekten- und Pflanzenpopulationen zu verringern, müssen wir unsere Agrarsysteme darauf einstellen, diesen Herausforderungen auch mit weniger Pestiziden zu begegnen. Dafür müssen sie vielfältiger werden und Nützlinge als Verbündete schützen und einsetzen. Diesen Kampf mit der Natur und nicht gegen sie zu führen ist eine enorme Aufgabe. Für ihr Gelingen müssen wir jetzt hier und heute die Weichen neu stellen. Unser Ziel ist und bleibt eine Pestizidfreie Landwirtschaft sonst sägen wir an dem Ast auf dem wir alle sitzen.

Antrag K 3 - Leitantrag

angenommen mit Ä 01

EinreicherIn: AK Mieten & Bauen, AK Mobilität, AK Klima & Umwelt

Leipzig wächst zusammen: nachhaltig – sozial – gerecht.

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Immer mehr Menschen leben, arbeiten und genießen in Leipzig. Leipzig bietet seinen Bürger*innen ein Zuhause, das durch seine Kultur, das Grün, das Wasser, die Freiräume und die Möglichkeiten der persönlichen Entwicklung attraktiv und lebenswert ist.

Aktuell sieht sich unser Zuhause einer unsicheren, zukünftigen Entwicklung gegenüber, die kurzfristiger, konsequenter und zugleich nachhaltiger politischer Entscheidungen bedarf, um die Lebensqualität für die Leipziger*innen zu halten und nach Möglichkeit zu verbessern. Durch die sich in rasantem Tempo verändernden klimatischen Bedingungen und die zunehmenden sozialen Spannungen stehen wir beim Thema Stadtentwicklung neuen Herausforderungen gegenüber. Zugleich wird - auch als Ergebnis der Pandemie - immer deutlicher, dass der Mensch, also wir alle, im Zentrum städtischer Planungen stehen sollte, mit unseren Bedürfnissen nach Freiraum, Begegnung und Bewegung.

Diesen Herausforderungen wollen wir sozialdemokratisch begegnen und bauen auf einem wissenschaftlich untersetzten, nachhaltigen Ansatz auf, der sog. dreifachen Innenentwicklung. Deren Leitbild ist die umweltorientierte, gesundheitsfördernde und sozial gerechte Stadtentwicklung. In ihrem Zentrum steht die Idee, Klimaschutz, Bauen und Verkehr zusammen zu denken. Damit integriert die dreifache Innenentwicklung ideal die Themenschwerpunkte der drei Arbeitskreise der SPD Leipzig Mieten & Bauen, Mobilität sowie Klima & Umwelt zu einem gemeinsamen Arbeitsauftrag:

Nachhaltige Stadt

Die Stadt und ihre Infrastrukturen müssen sich an die sich verschlechternden klimatischen Bedingungen anpassen, um die Bewohner*innen von Leipzig vor gesundheitlichen Risiken und Ressourcenmangel zu schützen und sichere Freiräume zu schaffen. Im Sinne einer feministischen
Stadtentwicklung soll die Stadt integriert und für alle Bürger*innen gedacht sein. Zugleich gilt es, durch nachhaltiges Planen und Bauen der weiteren Verschärfung der Klimakrise zu begegnen.

Bezahlbares Wohnen

Wohnen muss zukünftig vor allem nachhaltig und bezahlbar sein - von der Innenstadt bis in die Ortschaften. Im Mittelpunkt steht dabei ein gesundes Leben in den eigenen vier Wänden und in der Großstadt, trotz klimatischer Herausforderungen. Dazu gehören aber auch neue Begegnungsräume für alle Altersgruppen und sozial gemischte Wohnviertel.

Mobilität für Alle

Die Menschen in Leipzig brauchen eine bezahlbare, nachhaltige und sichere Mobilität - von der Innenstadt bis in die Ortschaften sowie beim Ein- und Auspendeln. Die „Stadt der kurzen Wege“ schafft Lebensqualität, indem sie durch kluge Raumplanung und integrierte Quartiersentwicklung Verkehr vermeidet und öffentliche Räume neu denkt. Mobilität ist Bewegung und kann zugleich als Baustein für Gesundheit und Wohlbefinden dienen. Zudem muss Mobilität sozial gerecht gestaltet werden, das heißt als eine öffentliche Daseinsvorsorge, die allen Menschen unabhängig von ihrem finanziellen Hintergrund die freie Bewegung innerhalb der Stadt ermöglicht.

Für ihr Kommunalwahlprogramm KWP 2024 hat sich die SPD Leipzig die Schwerpunkte Sicherheit, Wohnen und Mobilität gesetzt. Sie bilden die Kernthemen der Politik der SPD Leipzig und werden nach der Wahl programmatisch und in den politischen Ämtern umzusetzen sein.

Aus Sicht des gemeinsamen Arbeitsauftrags der AKs Mieten & Bauen, Mobilität sowie Klima & Umwelt, gilt es nun, zusammen mit den Jusos Leipzig diese drei Schwerpunkte mit entsprechenden Handlungsaufträgen zu untersetzen.

Konkret sehen wir hier folgende Inhalte:

Sicherheit:

Enorme Hitze, fehlender Niederschlag, sinkende Grundwasserspiegel, zunehmend häufgere Extremwetterlagen sind existenzbedrohend und längst in Leipzig angekommen. Es geht jetzt - heute - darum, die Stadt so zu gestalten, dass sie für uns und die nächsten Generationen bewohnbar und lebenswert bleibt.
Die SPD Leipzig setzt sich daher dafür ein, das städtische Verwaltungshandeln konsequent auf Klimaschutz, Klimaanpassung und den Schutz unserer Biodiversität auszurichten. Die Stadt und ihre Infrastrukturen müssen sich an die sich verschlechternden klimatischen Bedingungen anpassen, um die Bewohner*innen von Leipzig vor gesundheitlichen Risiken und Ressourcenmangel zu schützen und sichere Freiräume zu schaffen.
Zugleich gilt es, durch nachhaltiges Planen und Bauen der weiteren Verschärfung der Klimakrise und des Artensterbens zu begegnen. Um die Stadt und ihre Menschen vor Überhitzung zu

schützen, benötigen wir einerseits ein Umdenken beim Umgang mit lebensnotwendigen Ressourcen wie Wasser. Andererseits benötigen wir mehr Stadtgrün und Kälteinseln. Priorisiert werden sollen dabei zum einen diejenigen Gebiete der Stadt, in denen Menschen am stärksten durch Emissionen und klimatische Bedingungen belastet werden, zum anderen die Gebiete, die für die Versorgung der Leipziger*innen von erheblicher Bedeutung sind. Für die bauliche Stadtentwicklung heißt das, dass Nachverdichtung und Erschließung von Flächen vorrangig an den Kriterien der Klimaanpassung und des Klimaschutzes bemessen werden.
Wir fordern, die diesbezüglich bereits bestehenden Konzepte und Programme so schnell wie möglich umzusetzen und zu erweitern, insbesondere das Schwammstadt-Konzept, das Straßenbaum-Programm und die Gründach-Strategie. Zugleich müssen neue Konzepte entwickelt werden, um die städtischen Ökosysteme zu stärken und dabei insbesondere einen sparsamen und kreislauforientierten Umgang mit Niederschlagswasser zur Bewässerung von Grün- und Landwirtschaftsflächen zu erhalten und fördern.

Sicher und zukunftsfest soll auch die Versorgung mit Wärme und Strom sein. Wir fordern daher den intensiven Ausbau erneuerbarer Energien, einer zentralen, nachhaltigen Wärmeversorgung sowie Speicherlösungen, um Leipzig krisensicher und unabhängiger von internationalen (Gas-)Preisen zu machen.
Zugleich erhöhen wir die Versorgungssicherheit, wenn die Energieversorgung in den Händen der Menschen liegt. Wir wollen, dass die Stadt mit gutem Beispiel vorangeht und auf allen geeigneten städtischen Gebäuden Solaranlagen installieren. Darüber hinaus unterstützen wir Bürger*innen-Energieprojekte mit Nachdruck und mit den gesamten Fähigkeiten unserer kommunalen Unternehmensfamilie (v.a. Stadtwerke und Sparkasse), sodass wir die Leipziger*innen selbst zu Treiber*innen der Energiewende machen.
Neben der Versorgungssicherheit bedeutet für uns Sicherheit auch Verkehrssicherheit. Dies beginnt bei barrierefreien Fußwegen, die für alle Bevölkerungsgruppen sturzsicher und frei von Behinderungen gestaltet sind. Bereits im Kindesalter ist eine eigenständige Bewegung im öffentlichen Raum elementar für die selbstbewusste und gut orientierte Entwicklung. Dazu gehört nicht nur der Schul- und Heimweg, sondern generell der gefahrlose Aufenthalt im Freien für ausreichend Spiel und Bewegung. Für Seniorinnen und Senioren sind barrierefreie Gehwege von erheblicher Bedeutung, um gefährdungsarm auch ohne Taxi oder eigenes Auto mobil zu bleiben.

Zu mehr Sicherheit im Verkehr soll auch ein durchgängiges Radwegenetz beitragen. Dabei ist eine bauliche Ausführung von Radverkehrsanlagen elementar, um allen Verkehrsteilnehmenden eine gute und konfliktarme Fahrt zu ermöglichen.

Wohnen:

Die SPD will Leipziger*innen vor Entmietungen und Verdrängung aus ihren Quartieren schützen, denn Wohnen ist ein Grundrecht. Dafür wollen wir günstige Mieten im Bestand sichern, neuen,

bezahlbaren Wohnraum auch in kommunaler Hand schaffen und gleichzeitig rein profitorientierten Spekulationen mit Wohnraum entschieden entgegentreten. Soziale Erhaltungssatzungen und die konsequente Nutzung des städtischen Vorkaufsrechts sowie der zielgerichtete Einsatz der Mietpreisbremse und des Zweckentfremdungsverbots von Wohnraum sollen neben anderen geeigneten Instrumenten verstärkt zur Anwendung kommen. Um das Wohnumfeld gegen die Klimakrise zu wappnen, setzen wir uns dafür ein, dass für alle ausreichend Frei- und Grünflächen vorhanden sind, die für Kühlung, Schatten und Biodiversität sorgen. Dabei sind uns begrünte Wohninfrastruktur ebenso wichtig wie ein umfassendes Straßenbaumprogramm und die bestmögliche Entsiegelung öffentlicher Flächen.

Unsere bewährten Ziele ergänzen wir um ein neues Ziel: die Anpassungen aller Wohnungen in Leipzig an den Klimawandel. Dafür sind Veränderung der öffentlichen Infrastruktur, aber auch massive Investitionen in den Gebäudebestand erforderlich. Die Anpassung an den Klimawandel wird den zweiten großen Stadtumbau seit der Wende auslösen. Dabei ist uns besonders wichtig, dass die Mieten trotz dieser notwendigen Investitionen bezahlbar bleiben.
In der Wahlperiode 2024-29 werden wir deshalb die kommunale Wärmewende vorantreiben, damit in Leipzig klimaneutral und zu verlässlichen Preisen geheizt wird. Dabei ist uns wichtig, dass die bereits begonnen kommunale Wärmeplanung schnell Verlässlichkeit bietet, damit alle Grundstückseigentümer*innen in Leipzig wissen, wann sie in welche Technologien in ihren Häusern investieren müssen. Darüber hinaus wollen wir lebendige, grüne und kühle Innenhöfe zum Gegenstand der Stadtentwicklungspolitik machen. Wir werden sie besser vor der Bebauung mit Häusern und Parkplätzen schützen, bestehende grüne Höfe erhalten und weitere Grünfächen hinzugewinnen. Unser Ziel ist es, beim Umgang mit Regenwasser und Bepfanzung auch im privaten Bereich die Anpassung an die Anforderungen des Klimawandels zu fördern und gleichzeitig eine lebendige Nachbarschaft zu ermöglichen. Mit Blick auf besonders vulnerable Teile unserer Gesellschaft wird die SPD in Leipzig das Modell “Housing First” vorantreiben und zeitlich flexible Unterkunftsangebote ohne weitere Aufnahmebedingungen für Wohnungslose bereitstellen. Dazu gehört auch der Ausbau des Projekts “Eigene Wohnung” durch die Stadt Leipzig sowie der Abbau von sogenannter “defensiver Architektur” im öffentlichen Raum.

Mobilität:

Wir möchten auch beim Thema Mobilität die Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Leipzig hat durch seine historische Entwicklung eine große Chance, aus einer autogerechten Stadt eine Stadt für Menschen zu gestalten. Der Verkehrsraum, der heute noch dem motorisierten Individualverkehr (MIV) in Form von Straßen und Parkplätzen zur Verfügung steht, nimmt mit Abstand den größten Anteil ein, trägt jedoch längst nicht im gleichen Maßstab zur Mobilität aller Menschen bei. Wir möchten diesen Raum gerechter aufteilen und ihn dadurch besser nutzen: für die Menschen und für die Erfordernisse, die Klimawandel und Artensterben mit sich bringen.

Dabei wollen wir einerseits Leipzigs gutes ÖPNV-Netz weiter ausbauen und aktiver, gesundheitsfördernder Mobilität wie zu Fuß gehen und Rad fahren, mehr Sicherheit und Raum geben. Andererseits wollen wir graue Parkplätze an sinnvollen Stellen in bunte Flächen für Sport und Spiel, begrünte Treffpunkte, für Wasserspeicher und Versickerung umwandeln und dadurch Wohnen attraktiver machen, aber auch die Erfordernisse einer Schwammstadt umsetzen und vor weiterem Artensterben schützen. Am Straßenrand parkende Autos nehmen in der gesamten Stadt Leipzig die Fläche von fast 1.000 Fußballfeldern ein. Hier gibt es viel Potential, das für unsere Gesundheit, für mehr Sicherheit und für Artenschutz genutzt werden könnte und wo Veränderungen nicht vordergründig als Beschränkung, sondern als Gewinn für alle empfunden werden.

Davon profitieren alle Akteur:innen gleichermaßen: Wirtschaftsverkehr und Rettungsdienste kommen schneller an, wenn weniger private Kfz auf den Straßen unterwegs sind. Lärm und Abgase gehen zurück und erhöhen die Lebensqualität in der Stadt. Aktive Mobilität fördert die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen. Fuß- und Radverkehrsinfrastruktur ist weitaus kostengünstiger in Bau und Instandhaltung für die öffentliche Hand. Und nicht zuletzt profitiert auch der Einzelhandel von verkehrsberuhigten Zonen, da Menschen sich lieber und länger dort aufhalten, wo es sicher und ruhig ist, anstatt an lauten Straßen mit schlechter Luft. Speziell dem ÖPNV kommt eine Schlüsselrolle für die Mobilität der Zukunft zu und braucht unsere ganze politische Rückendeckung. Dazu gehören u.a. ein leistungsfähiges Netz bis in die Randgebiete der Stadt, eine dichtere Taktung auch in den Randzeiten und Nachts sowie ein attraktives Ticketsystem, das wir schrittweise zum 365-Euro Ticket für alle Menschen weiterentwickeln werden. Dabei steht die SPD solidarisch an der Seite der Bus- und Straßenbahnfahrer:innen und wird gemeinsam mit ihnen faire Löhne und attraktivere Arbeitsbedingungen erkämpfen.

Um den Menschen die Wahl für ÖPNV, zu Fuß gehen und Rad fahren zu ermöglichen, muss der Umweltverbund gezielt gestärkt werden. Eine barrierefreie Mobilität hat für die SPD Leipzig oberste Priorität, um die Stadt allen Menschen uneingeschränkt zu erschließen und für Sicherheit zu sorgen. Auch im Sinne der sozialen Gerechtigkeit wollen wir die Unabhängigkeit vom Auto durch andere attraktive Mobilitätsformen ermöglichen und dadurch vor allem kleine und mittlere Haushalte finanziell entlasten.

Gleichwohl ist uns bewusst, dass für viele Leipziger*innen, gerade in den Ortschaften, das Auto eine Mobilitätsgarantie darstellt. Durch eine Stärkung von P+R-Systemen, u.a. an den S-Bahnhöfen wollen wir durch eine kluge Verzahnung der Verkehrsträger eine bedürfnisgerechte Mobilität für alle sicherstellen.

Genau für diesen bezahlbaren, attraktiven Verkehrsmix stehen wir als Leipziger SPD ein: breite, barrierefreie Fußwege, sichere und durchgängige Radfahrstreifen, ein bezahlbarer und leistungsfähiger ÖPNV und das Auto dort, wo es keine sinnvollen Alternativen gibt. Dadurch

gewinnen wir wichtigen Raum in unserer Stadt zurück, den wir für die Anpassung an die Bedürfnisse der Leipziger*innen dringend benötigen.

Mit diesem sozialdemokratischen Verständnis der dreifachen Innenentwicklung werden wir unser Leipzig nachhaltig, sozial und gerecht gestalten und so zur lebenswertesten Stadt Deutschlands weiterentwickeln.

Antrag R 01

angenommen

EinreicherIn: Gerald Eisenblätter

Resolution „5 Tage Bildungszeit für Sachsen“

Der Parteitag der SPD Leipzig möge beschließen und an den Vorstand der SPD Leipzig, die Leipziger SPD-Ortsvereine und 2 Arbeitsgemeinschaften/ Arbeitskreise/ Projektgruppen sowie die Leipziger SPD-Abgeordneten weiterleiten:

Die SPD ist aktive Partnerin im Bündnis „5 Tage Bildungszeit für Sachsen“. Wir setzen uns für die Einführung eines gesetzlichen Anspruchs auf fünf Tage Bildungsfreistellung in Sachsen ein, um Beschäftigten berufliche, politische sowie allgemeine und kulturelle Weiterbildung zu ermöglichen. Dabei soll auch die Qualifizierung zur Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeiten berücksichtigt werden, um ehrenamtliches Engagement zu fördern und zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts beizutragen.

Nur Bayern und Sachsen haben nach wie vor kein Bildungsfreistellungsgesetz. Das gilt es endlich zu ändern! Der vom DGB Sachsen initiierte Volksantrag zur Einführung von fünf Tagen Bildungszeit in Sachsen bietet hierfür eine Chance, die gerade wir Sozialdemokrat:innen nutzen sollten.

Wir rufen die Genossinnen und Genossen auf, sich ab August 2023 aktiv an der Unterschriftensammlung zu beteiligen, über die Bildungsfreistellung zu informieren und für das Anliegen zu werben.

Die geplanten Aktionstage sind gute Anlässe, um vor Ort um Unterschriften zu werben:

- 1. – 03. September 2023: 1. Aktionswochenende mit Aktionsständen zum Tag der Sachsen in Aue Bad Schlema sowie in anderen Städten
- 26. September 2023: 9. Deutscher Weiterbildungstag = 2. Aktionstag
- 02. November 2023: Landesforum Weiterbildung 2023 = 3. Aktionstag
- 05. Dezember 2023: Internationaler Tag des Ehrenamtes = 4. Aktionstag
- 24. Januar 2024: Internationale Tag der Bildung (UNESCO-Welttag der Bildung) = 5. Aktionstag
- 08. März 2024: Internationaler Frauentag = 6. Aktionstag
- 06. April 2024: Internationaler Tag des Sports = 7. Aktionstag
- 01. Mai 2024: Tag der Arbeit = 8. Aktionstag

Begründung :

Das Bundesverfassungsgericht hat bereits 1987 zur Notwendigkeit der Weiterbildung treffend formuliert: „Unter den Bedingungen fortwährenden und sich beschleunigenden technischen und sozialen Wandels wird lebenslanges Lernen zur Voraussetzung individueller Selbstbehauptung und gesellschaftlicher Anpassungsfähigkeit im Wechsel der Verhältnisse. Dem Einzelnen hilft die Weiterbildung, die Folgen des Wandels beruflich und sozial besser zu bewältigen. Wirtschaft und Gesellschaft erhält sie die erforderliche Flexibilität, sich auf veränderte Lagen einzustellen. […] Unter dem Gesichtspunkt des Gemeinwohls begegnet es auch keinen Bedenken, dass Bildungsurlaub nicht nur für berufsbildende, sondern auch für politisch bildende Veranstaltungen vorgesehen ist.“ (BVerfGE 77, 308. RN 109).

Sachsen steht ebenso wie andere Länder vor drei großen Herausforderungen: Digitalisierung, Dekarbonisierung und Demografe treiben die gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformation an.
Diese globalen Prozesse prägen bereits jetzt unsere Lebens- und Arbeitswelt. Und sie werden sie weiter umfassend wandeln. Die Entwicklung hin zu immer stärker digital vernetzten und automatisierten Produktionsprozessen hat längst begonnen. Cobots, Automatisierung und Robotisierung haben in vielen Branchen und Betrieben längst die Anforderungen am Arbeitsplatz, an die auszuübenden Tätigkeiten oder an ganze Berufsbilder verändert. Der Wandel – oft als vierte industrielle Revolution bezeichnet – wird längst vollzogen. Und mit ChatGPT macht derzeit eine Software von sich reden, mit der man fast so chatten kann, wie mit einem echten Menschen. Sie beantwortet Fragen, lernt scheinbar dazu und löst immer komplexere Aufgaben im Handumdrehen. Viele bekommen durch sie und ähnliche Anwendungen, etwa zur Erstellung von Bildern und Videos erstmals mit, was Künstliche Intelligenz (Artificial Intelligence, AI) inzwischen kann – und man ahnt, was sie bald können wird.
Doch die aktuelle Transformation umfasst mehr als Digitalisierung. Auch die Dekarbonisierung und der demografische Wandel stellen Unternehmen und Beschäftigte vor neue Herausforderungen. Insgesamt sind die Folgen von Digitalisierung, Dekarbonisierung und demografischem Wandel noch schwer abschätzbar. Sicher ist, dass sie immer mehr Beschäftigte betreffen. Manche Tätigkeiten fallen weg, bei anderen verändern sich die Anforderungen, teils entstehen ganz neue Aus- und Weiterbildungsbedarfe. Ebenso wichtig ist: Die drei Entwicklungen stehen in Wechselwirkung. Das birgt auch Chancen, vor allem wenn es gelingt, negative Folgen des demografisch bedingten Fachkräftemangels durch den Einsatz neuer Technologien abzumildern und durch gezielte Weiterbildung gute Arbeit zu sichern.
Damit die Chancen jedoch für Beschäftigte nutzbar werden, braucht es einen Wandel bei der Qualifizierung und Weiterbildung. Das von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil vorgelegte Gesetzes zur Stärkung der Aus- und Weiterbildung setzt hier neben der

Ausbildungsgarantie mit dem Qualifizierungsgeld Anreize für die berufliche Weiterbildung in Betrieben, die Transformationsprozesse durchlaufen. Diese staatliche Förderung für berufliche Weiterbildung über einen längeren Zeitraum ist ein richtiges Signal.

Dennoch bleibt die Lücke, auch kurzfristige Weiterbildung – nicht nur im beruflichen Bereich – zu absolvieren, um sich individuell zu qualifizieren. Zumal kurze Weiterbildungen häufig der Einstieg sind, die niedrige Schwelle, die man sich zunächst zutraut, um dann auch größere Qualifizierungen anzugehen – sei es beruflich oder privat. Hierfür bedarf es der Bildungsfreistellung. So hätten Beschäftigte in Sachsen die Chance, sich beruflichen und gesellschaftlichen Themen zu widmen. Besonders wichtig ist hier, dass mittels politischer Bildung auch das Verständnis von unseren Werten, das Verhältnis zum Staatswesen und zum Wert von Mitbestimmung gestärkt wird. Aber auch die Qualifizierung zur Trainerin oder zum Trainer im Sportverein, zum Erwerb der Jugendleiter:in-Card (Juleica) in der Kinder- und Jugendhilfe oder der Fortbildung bei der Freiwilligen Feuerwehr bzw. im Brand- und Katastrophenschutz würde durch die Bildungsfreistellung unterstützt werden. Engagierte Sächsinnen und Sachsen bekämen so die Möglichkeit, Unterstützung bei ihrem ehrenamtlichen Engagement zu erfahren.

Die Einführung von 5 Tagen Bildungszeit ist für uns daher unerlässlich. Sie würde angesichts zunehmenden Fachkräftemangels auch einen Wettbewerbsnachteil im Ländervergleich beenden. Schon heute werben immer mehr Arbeitgeber:innen mit der Möglichkeit zur Bildungsfreistellung auf Grund eines Tarifvertrages oder einer Betriebsvereinbarung. Mit dem gesetzlichen Anspruch käme dies endlich allen in Sachsen zu Gute.

Antrag S 1

angenommen

EinreicherIn: OV Leipzig-Südost

Kinder- und Jugendrechte stärken - Kindern und Jugendlichen eine Stimme geben. Einsetzung einer hauptamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt Leipzig

Der Stadtparteitag der SPD Leipzig möge beschließen und die Stadtratsfraktion Leipzig damit beauftragen, die Einsetzung einer hauptamtlichen Kinder- & Jugendbeauftragten der Stadt Leipzig zu fordern.

Die Stadt Leipzig bestellt eine/n hauptamtlich tätige/n Kinder- und Jugendbeauftragte/n,
welche/r dem Amt für Kinder, Jugend und Familie zugeordnet ist.

Als Sozialdemokratie ist es unser Ziel in der demokratischen Erziehung, Kinder und Jugendliche (KuJ) zu mündigen Bürger:innen zu befähigen. Frühzeitiges Erlernen von demokratischen Strukturen und die direkte Mitbestimmung von KuJ sollte daher unser vorderstes Ziel darstellen. Leipzig hat bereits ein vielfältiges und breit gestreutes Angebot an Beteiligungsformaten für KuJ, meist durch freie Träger:innen organisiert. Eine hauptamtliche Kinder- u. Jugendbeauftragte/n der Stadt könnte hier positive Synergieeffekte erzeugen und als Bindeglied innerhalb der kommunalen Stadtverwaltung zwischen KuJ und den verschiedenen in der Kinder- und Familienpolitik tätigen Akteur:innen fungieren. Ihre Aufgabe ist es, die bisherige Vernetzung zu stärken, Projekte ineinander zu verzahnen und letztlich das INSEK “Leipzig 2030” der Stadt Leipzig für unsere kleineren Mitbürger:innen entscheidend voranzubringen - damit Leipzig auch in Zukunft eine kinder-, jugend- und familienfreundliche Stadt bleibt. Die/der Kinder- u. Jugendbeauftragte schafft soziale Stabilität in diesen sich schnell wandelnden Zeiten.

Aufgaben einer/s Kinderbeauftragte:n:

1) zentrale/r Ansprechpartner/in:

- ermöglicht Kindern und Jugendlichen sämtliche Anliegen, Nachfragen oder Vorschläge an eine Person heranzutragen, ohne im Vorfeld überlegen zu müssen, in wessen Zuständigkeitsbereich das Anliegen fällt

- Ansprechpartner/in für die Verwaltung, wenn es um die Belange von Kindern und Jugendlichen geht
- Niedrigschwellige Ombud- und Beschwerdestelle für Kinder- und Jugendliche betreffend kommunaler Handlungsfelder

2) Partizipation ermöglichen, vorantreiben und einfordern:

- Unterstützung der Arbeit des Jugendparlamentes, des Familieninfobüros der Stadt Leipzig und des Kinder- und Jugendbüros des DKSB (Deutscher Kinderschutzbund)
- Mithilfe bei der Organisation von Kinder – und Jugendparlamenten
- über Beteiligungsmöglichkeiten und –rechte für Kinder und Jugendliche informieren
- sich gegenüber Verwaltung, Stadtrat und Bürger:innen für mehr politische Mitwirkungsrechte und Beteiligung für Kinder und Jugendliche einsetzen
- Wege und Räume innerhalb der Stadtverwaltung und -politik schaffen und Barrieren für kinderfreundliche Politik abbauen
- Hinwirkung auf ein niedrigschwelliges Informationsportal für Kinder und Jugendliche hinsichtlich Mitbestimmungs- und Beschwerdemöglichkeiten

3) Interessenvertretung:

- Interessenvertretung gegenüber Stadtrat und Verwaltung – die Berücksichtigung von Kinderinteressen stetig überwachen und einfordern, sowie für mehr Verständnis werben
- Interessenvertretung innerhalb der Verwaltungsstrukturen, z.B. im Hinblick auf Verwaltungsvorlagen (überprüfen von Vorlagen auf Kinder- bzw. Familienverträglichkeit)
- Anliegen von Kindern erfassen und in die jeweiligen Gremien des Stadtrates einbringen
- Einflussnahme auf städtische Planungsvorhaben als Lobby für Kinder und Jugendliche
- Enge Zusammenarbeit mit dem Jugendparlament der Stadt Leipzig

4) Bündelung und Weitergabe von Informationen über Angebote und Leistungen in der Stadt Leipzig für Kinder und Jugendliche in Zusammenarbeit mit dem Familieninfobüro der Stadt Leipzig und dem Kinder- und Jugendbüro des DKSB

5) Gleichstellung mit anderen Beauftragten innerhalb des Organigramms der Stadt Leipzig für eine gleichberechtigte Wirkungsmacht und Einflussmöglichkeiten in die Stadtverwaltung

6) Vernetzung

- Regelmäßige Teilnahme an regionalen und überregionalen Fachforen, -tagungen, Seminaren u.ä.
- Regelmäßiger Erfahrungsaustausch mit Kinder- und Jugendbeauftragten anderer Kommunen und Länder, Mitarbeit im Verein "BAG Kommunale Interessenvertretungen e.V"
- Mitarbeit an jugendpolitischen Fachforen (z.B Meißner Thesen, Eigenständige Jugendpolitik)
- Zusammenarbeit sowie Planung gemeinsamer Projekte mit der Geschäftsstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung und regionalen Kinder- und Jugendinteressenvertreungen (Kinder- und Jugendbüro, Stadtjugendring, UNICEF) und den Trägern der freien Kinder-und Jugendhilfe
- Zusammenarbeit mit Fraktionen des Stadtrates
- Enge Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen und Stiftungen

Der Wirkungsbereich einer oder eines Kinderbeauftragten der Stadt Leipzig steht nicht in Konkurrenz zum Wirkungskreis von Jugendamt, Jugendhilfeausschuss, Jugendparlament und allen weiteren Institutionen der Kinderinteressenvertretung. Vielmehr bestimmt eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den notwendig zuständigen Behörden und Dienststellen der Verwaltung sowie den Trägern der freien Kinder- und Jugendhilfe maßgeblich die Qualität der Arbeit einer:s Kinderbeauftragte:n.

<u>Begründung:</u>

Wir müssen unsere Kinder und Jugendlichen stärker in demokratische Prozesse einbinden. Entscheidungen erfahrbar machen, Beteiligung erleben und selbstwirksam für sich und andere eintreten, sind elementar im Rahmen grundsätzlicher politischer Bildung.
Die echte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen hängt allerdings vor allem von den von Erwachsenen bestimmten Prozessen ab. Daher braucht es transparente Netzwerke, Angebote und Strukturen, die an der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen ansetzen.

Kinder und Jugendliche sollen altersangemessen mitentscheiden können und das von klein auf.

Die erwachsenen Multiplikator:innen agieren als Vermittler:innen, methodische Begleiter:innen und Organisator:innen sowie zur Steuerung der Kommunikation z. B. mit der Verwaltung. Oberstes Prinzip ist es, inklusiv zu sein, d.h. alle Milieus und die Heterogenität junger Menschen im Blick zu behalten und alle Maßnahmen darauf auszurichten. Es darf weder eine Elitenförderung noch eine defizitorientierte Präventionsarbeit fokussiert werden. Hier geht es vorrangig um eine aus der Leipziger Stadtverwaltung selbst herausgestellte dauerhafte Aufgabe, mittels einer oder eines Kinderbeauftragte:n die positiven Kinderrechte zu verwirklichen.

Antrag S 2

angenommen

EinreicherIn: Jusos Leipzig

Dezentrale Unterbringung von geflüchteten Menschen konsequent durchsetzen

Der Stadtparteitag möge beschließen und an die Fraktion im Stadtrat weiterleiten:

Die Stadt Leipzig hat sich dazu verpflichtet, geflüchtete Menschen, nach dem dezentralen Unterbringungskonzept, zu beherbergen. Dies hat viele Vorteile; besseren Anschluss an die Gesellschaft und somit eine besser gelingende Integration, weniger Gefahren für die geflüchteten Menschen und ein kleineres Risiko, durch die prekäre Situation in kriminelle Machenschaften verwickelt zu werden.

Doch nun wird in Stötteritz eine Flüchtlingsunterkunft für 330 Menschen gebaut. Die Saxonia Catering GmbH & Co. KG soll in Stötteritz eine Zelt- und Container Unterkunft errichten, welche ab März bezogen werden kann.

330 Menschen auf engstem Raum, in Zelten und Containern untergebracht und von Sicherheitsleuten umgeben, das ist nicht, wie wir uns menschenwürdiges Ankommen in einem neuen Land vorstellen und zeugt von einem Menschen und Geflüchteten Bild, welches wir als Sozialdemokrat:innen nicht hinnehmen werden!

Deshalb fordern wir

- die konsequente Durchsetzung des dezentralen Unterbringungkonzepts in Leipzig
- damit einhergehend die Förderung und Unterstützung von integrativen Wohnprojekten, bei welchen in Wohnkomplexen zirka 1/3 der Bewohnenden Asylsuchende Menschen sind, welche anstatt Ghettoisierung die Möglichkeit bekommen sich in der Stadt einzubringen
- ebenso die Betrachtung der derzeitigen Leerstandssituation und die Evaluierung von Konzepten wie beispielsweise dem „Hamburgischen Wohnraumschutzgesetz“, welches es der Stadt erlaubt, zumindest Zeitweise, ungenutzten Leerraum für die Nutzung als Notunterkünfte bereit zu stellen.

- Einrichtung zugänglicher Begegnungsräume, in welchen die Bewohner*innen des Viertels und die geflüchteten Menschen einander begegnen können, um Spannungen und Ängste abzubauen.

Antrag S 3

angenommen mit Ä01

EinreicherIn: Jusos Leipzig

Wohnungspolitik statt Wohnungsmarktpolitik

Der Stadtparteitag der SPD Leipzig möge beschließen und beim Kommunalwahlprogramm berücksichtigen:

Die letzte kommunale Bürger*innenumfrage zeigt: 70 Prozent der Leipziger*innen haben Angst, dass das Wohnen zu teuer wird. Bei den jungen Erwachsenen sind es sogar 87 Prozent, davon haben 41 Prozent sogar sehr große Angst. Wohnen ist in Leipzig zur sozialen Frage geworden. Wohnen bleibt das Top-Thema in unserer weiterhin wachsenden Stadt.

Wer wie und wo wohnt, ist untrennbar mit den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen verbunden. Für die Sozialdemokratie ist klar, dass Wohnen nicht primär eine individuelle Frage ist, sondern von den vielfältigen Rahmenbedingungen abhängt, die die Stadt prägen.

Die SPD prägt seit vielen Jahren die Wohnungspolitik in Leipzig. In diesen Jahren haben wir gemerkt, was für ein Kraftakt es ist, sich gegen die steigenden Mieten, Bau- und Grundstückspreise, gegen Spekulation und Gentrifizierung zu stemmen. Wir konnten die markt- und oft auch spekulationsgetriebenen Entwicklungen auf den Wohnungsmärkten unserer Stadt nicht umkehren, aber dämpfen. Wir sehen, dass es mit "bauen, bauen, bauen“ nicht getan ist und wollen die Sicherheit von Mieter*innen erhöhen. Daraus leiten wir den Auftrag ab, unsere Wohnungspolitik auf Grundlage unserer bisherigen Beschlüsse weiterzuentwickeln, Ziele zu bekräftigen, an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen, sie neu auszutarieren und aktuelle Schwerpunkte zu setzen. Mit dieser Maßgabe werden wir unser Kommunalwahlprogramm erarbeiten.

Dabei halten wir an den drei Kernzielen fest: günstige Mieten im Bestand zu sichern, Leipzig als lebendige, soziale und lebenswerte Stadt zu entwickeln und neue bezahlbare Wohnungen für alle Menschen in unserer wachsenden Stadt zu bauen. Wir wissen, dass Wohnungspolitik nur im Zusammenspiel von kommunaler, Landes- und Bundesebene gelingen wird.

Wir wollen unsere konkreten wohnungspolitischen Vorhaben noch stärker aus unseren langfristigen Zielen ableiten:

- Wir wollen der Spekulation auf dem Leipziger Wohnungsmarkt ein Ende setzen. Große Aktienkonzerne, die mit der künstlicher Verknappung und maximaler Profitorientierung ihre Aktionär*innen befriedigen, sind eine reine Belastung für unsere Stadt. Unter anderem mit der Einführung der Grundsteuer C ab 1. Januar 2025 können wir dem entgegenwirken.
- Eine große Chance sehen wir in der Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit. Auf Dauer werden wir es nur schaffen, unsere wohnungspolitischen Ziele zu erreichen, wenn der Gemeinnützigkeitsstatus von gemeinwohlorientierten Wohnungsanbietern, wie kommunalen Wohnungsunternehmen, Genossenschaften oder Studierendenwerke wieder eingeführt wird. Wir fordern die Bundesregierung auf, die im Koalitionsvertrag vereinbarte Gemeinnützigkeit mit steuerlicher Förderung und Investitionszulagen schnellstmöglich auf den Weg zu bringen und noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden.
- Wir fordern, dass der Freistaat Sachsen endlich die Rechtsverordnung zur Umsetzung des Baulandmobilisierungsgesetzes erlässt, um Baugebote und Vorkaufsrechte besser ausüben zu können. Das gibt der Stadt Leipzig größeren Gestaltungsspielraum. Wir sehen die große Herausforderung, den gesamten Leipziger Wohnungsbestand bis 2045 klimaneutral umzubauen und an die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels anzupassen. Es ist uns besonders wichtig, dass die Mieten trotz der massiven Investitionen konstant bleiben. Bei der Wärmewende werden wir deshalb auf eine besondere Rolle öffentlicher Nah- und Fernwärmeversorgung drängen. Die Anpassung an den Klimawandel soll gleichzeitig neue soziale Infrastrukturen und Begegnungsorte schaffen.
- Wir wollen Menschen mit geringen Einkommen stärker in den Fokus unserer Wohnungspolitik rücken. Mehr als zwei Drittel der Stadtbevölkerung macht sich Sorgen, ob sie ihre Wohnung auch in Zukunft noch bezahlen können. Dieser Umstand ist katastrophal und zeigt: Die Leipziger Wohnungskrise ist auch eine Krise der Bezahlbarkeit. In Zeiten von steigenden Mieten und stagnierenden Reallöhnen bedeutet das: Haushalte mit geringem Einkommen müssen einen immer größeren Anteil des verfügbaren Einkommens für die Miete aufwenden. Diese Spirale führt zu Armut und Verdrängung. Sie muss durchbrochen werden. Wir wollen Strategien entwickeln, um diese Entwicklung zu stoppen und eine Rückentwicklung zu fördern.
- Leipzig wächst, aber altert auch. Für die immer größer werdende Gruppe alter Menschen wollen wir genügend barrierearmen und barrierefreien Wohnraum zur Verfügung stellen und setzen uns für die stadtweite Errichtung von altersgerechten Wohnungen und Pflegeheimen ein, damit Menschen gerade im hohen Alter in ihren Vierteln bleiben können. Das Alter darf kein Grund sein, das vertraute Viertel verlassen zu müssen.

- Für junge Leipziger:innen, gerade in Studium und Ausbildung, sind die steigenden Mieten eine besondere Belastung. Diese Gruppe spürt die Krise mit am stärksten, auch durch häufigere Umzüge. Daher wollen wir junges Wohnen in Leipzig besonders fördern. Um das zu erreichen, soll das Studierendenwerk Leipzig neue Wohnheimplätze schaffen. Für Auszubildende wollen wir neue Azubi-Wohnheime in Verantwortung der Stadt Leipzig bauen. Die durchschnittliche Miethöhe soll sich dabei an 20 bis 25 Prozent der gesetzlichen Mindestausbildungsvergütung orientieren. Damit dies gelingt, muss die Stadt Leipzig gemeinsam mit dem Freistaat Sachsen Flächen für den Neubau von Wohnheimen bereitstellen. Auszubildende und Studierende müssen sich voll auf den eigenen Bildungsweg konzentrieren können und nicht durch hohe Mieten zu einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit gezwungen werden. Da dies vor allem auf junge Menschen aus einkommensschwächeren Haushalten zutrifft, ist dies auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.
- Unserer Wohnungspolitik ist es nicht egal, wem der Grund und Boden in Leipzig gehört. Das Ziel ist es, den städtischen Grund Leipzigs der kapitalistischen Verwertungslogik zu entziehen. Um auch eine langfristige Perspektive für die Generationen unserer Kinder und Enkel zu entwickeln, muss die Stadt Leipzig eine strategische Bodenpolitik umsetzen. Die Nutzung von Vorkaufsrechten, Einführung eines Fonds zum Ankauf und der Entwicklung von Grundstücken sowie die Vergabe von städtischem Grund im Erbbaurecht werden dazu beitragen, dass die Stadt mehr Kontrolle über ihren Grund und Boden gewinnt.
- Auch der Freistaat Sachsen soll sich bei der Flächenentwicklung engagieren. Wir wollen eine Landesinvestitionsgesellschaft gründen. Die Rücklagen des Freistaats Sachsen und das Geld im Beamtenpensionsfonds soll genutzt werden, um strategische Flächenentwicklung zu betreiben und um eine Sächsische Wohnungsbaugesellschaft aufzubauen. Damit gehen Rendite für den Fonds und günstiger Wohnraum für die Menschen in Sachsen Hand in Hand.
- In einer wachsenden Stadt muss gebaut werden, auf unbebauten Flächen ebenso wie in bebauten Arealen. Vor allem die Nachverdichtung bringt auch Konflikte mit sich. Für uns gilt es dabei, unterschiedliche Interessen und Ziele auszugleichen. Es braucht Freiräume und grüne Lungen, Kühlungsschneisen und Raum ebenso wie neuen und bezahlbaren Wohnraum, dessen Gebäude dennoch so gestaltet sind, dass sie zur Erreichung der Klimaziele beitragen. Bei der Nachverdichtung wollen wir Interessen ausgleichen, weil wir wissen, dass es in einer lebenswerten Stadt gilt, vielen unterschiedlichen Menschen und Lebensentwürfen Raum zu geben.
- Ein wichtiges wohnungspolitisches Instrument der Stadt Leipzig ist die LWB. Wir wollen, dass sie ihre Neubauaktivitäten fortsetzt, aber an das - gegenüber 2015 - schwächere Wachstum unserer Stadt anpasst. Der Fokus muss mehr auf der klimaneutralen und zukunftsfähigen Sanierung der Bestände liegen. Die LWB soll ein Vorbild für die demokratische Partizipation der Mieter:innen werden.

- Wir wollen neue Impulse für Leipzigs Plattenbausiedlungen setzen, in denen gerade ein Generationenwechsel ansteht. Wir wollen aus ihnen innovative und zukunftsfähige Viertel machen, die ebenso beliebt bei den Leipziger:innen sind, wie der urbane Kern.
- Zu viele Neubauten der letzten Jahre sind eine ästhetische Zumutung für das Stadtbild. Wir wollen mehr gestalterische Qualität im Neubau erwirken. Außerdem sollen die Leipziger:innen in die Gestaltung neuer Gebäude besser eingebunden werden. Auf diesem Gebiet betreten wir Neuland und wollen viele verschiedene Formate testen.

Antrag S 5

angenommen mit Ä01

EinreicherIn: Jusos Leipzig

Für eine Ausweitung des Angebots öffentlicher Kitaplätze!

Der Parteitag der SPD Leipzig möge beschließen und an die SPD-Fraktion im Stadtrat weiterleiten:

Unser Ziel bleibt, dass jedes Kind in Leipzig einen wohnortnahen Kita-Platz erhält. Auch in den kommenden Jahren wird ein moderates Bevölkerungswachstum in Leipzig erwartet. Das bedeutet, dass bestehende Kita-Plätze erhalten und weitere Kita-Plätze bedarfsgerecht geschaffen werden müssen. Es bedarf also auch in den Folgejahren weiterer Investitionen in die Infrastruktur der frühkindlichen Bildung.

Bei der Schaffung neuer Kita-Plätze ist darauf zu achten, dass der Anteil an Betreuungsplätzen in kommunaler Trägerschaft ein Niveau von bis zu 30 Prozent erreicht, um eine bessere Steuerung zu gewährleisten. Außerdem muss mit Blick auf den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab 2026 die Entwicklung im Hortbereich besonders betrachtet werden. Als Sozialdemokrat:innen sprechen wir uns für den weiteren Ausbau des ganztägigen rhythmisierten Lernens aus. Unser Ziel bleibt die Verzahnung von Grundschule, Hort, Ganztagsangeboten und außerschulischen Partner:innen. Hierfür müssen die infrastrukturellen Voraussetzungen, aber auch eine aktive kommunale Begleitung geschaffen werden. Wir fordern die Überarbeitung der Leitlinien zum Kita- und Schulhausbau, um diesem Anspruch noch besser gerecht zu werden. Zudem fordern wir den Ausbau der Fachberatung mit Fokus auf den Ganztag, so kann die Weiterentwicklung des Hortes vorangebracht werden. Bildung muss gebührenfrei sein. Wir fordern daher den Freistaat Sachsen auf, die gebührenfreie Kita in Sachsen einzuführen. In einem ersten Schritt zur Erreichung dieses Ziels soll ein Beitragsdeckel eingeführt werden, um alle Familien sofort zu entlasten. In weiteren Schritten werden der Hort, der Kindergarten und die Kinderkrippe gänzlich gebührenfrei gestellt.

Besondere Schwerpunkte bei der Ausgestaltung der frühkindlichen Bildungslandschaft sollen beim Übergang vom Kindergarten zur Schule, der inklusiven Ausgestaltung sowie zusätzlichen Unterstützungsbedarfen in besonderen sozialen Lagen gesetzt werden. Die Stadt Leipzig geht hier den richtigen Weg: Kinder- und Familienzentren (KiFaZ) sowie Familienschulzentren wurden aufgebaut. Dieses Konzept gilt es weiter in die Fläche zu tragen, unser Ziel ist der weitere Ausbau der KiFaZ und deren langfristige Förderung.

Antrag SR 1

übernommen mit Ä01

EinreicherIn: ASF Leipzig

Gefühlt sicher - Sicherheitsempfinden in Leipzig stärken

Der Stadtparteitag möge beschließen und an die SPD-Stadtratsfraktion Leipzig weiterleiten:

Sicherheit hat ein starker Staat seinen Bürger:innen zu gewährleisten. Sicherheit äußert sich in verschiedensten Facetten des gemeinsamen Lebens. Der Staat muss dabei die verschiedenen Aspekte von Sicherheit, aber auch Freiheit im Blick haben, sodass Bürger:innen selbstbestimmt, frei und sicher hier leben können. Trotzdem gibt es im Städtischen häufig Orte, an denen sich insbesondere Frauen nicht sicher fühlen - und dies vollkommen unbeeinflusst und unabhängig vom tatsächlichen oder statistischen Risiko, von Kriminalität betroffen zu werden.

Gründe für ein Unsicherheitsempfinden können sehr unterschiedlich sein: Unwohlgefühle in schlecht ausgeleuchteten Straßen oder Parks, Anmachsprüche von (meist männlichen) Einzelpersonen oder Gruppen, selbst erfahrene oder (medial) mitgeteilte körperliche Angriffe oder allein zu bewältigende Heimwege.

Als Sozialdemokrat:innen wollen wir das Sicherheitsempfinden der Menschen in unserer Stadt verbessern und mehr Aufmerksamkeit für das Sicherheitsempfinden von Frauen herstellen. Dazu nehmen wir ihre Bedürfnisse ernst und wollen - auch gefühlte - Problemlagen mit zügigen und pragmatischen Lösungen begegnen.
Wir fordern daher die SPD-Stadtratsfraktion auf, sich für die Umsetzung der nachfolgenden Maßnahmen im Rat und seinen Gremien sowie den entsprechenden Aufsichtsräten der stadteigenen oder stadtbeteiligten Unternehmen einzusetzen, diese an die zuständigen Dezernate zu kommunizieren und in Antragsvorhaben umzusetzen:

- die Umsetzung einer exklusiven kommunalen Bürger:innenumfrage zum Thema Sicherheitsempfinden in Leipzig, die sich vorrangig an Mädchen und Frauen ab 16 Jahren richtet, die u.a. die Unsicherheitsgefühle produzierende oder verstärkende Faktoren, Orte und Verhaltensweisen sowie die Wünsche und Bedürfnisse für ein besseres Sicherheitsempfinden abfragt,

- die Einrichtung von sog. SafeSpaces (besonders geschützte Bereiche für insbesondere Frauen) im Öffentlichen Personennahverkehr, insbesondere in den Dunkelzeiten, die durch ihre Nähe zur Tür und/oder zum Fahrpersonal das Sicherheitsgefühl erhöhen und Übergriffe besser verhindern sollen oder Awarenessteams, die an den zentralen Umstiegspunkten eine Anlaufstelle/ Aufenthaltsmöglichkeit für Frauen bieten, wo bis zum Umstieg gewartet werden kann,
- die Einführung von Kurz-Hilferufen bei den bestehenden Kommunikations-/ Gegensprechanlagen in Bussen und Bahnen, welche bei An- und Übergriffen ein schnelles Eingreifen durch das Fahrpersonal ermöglichen,
- die Prüfung von Maßnahmen, wie Personen geholfen werden kann, wenn diese in Dunkelzeiten an der Haltestelle erfolglos warten müssen, weil der ÖPNV entgegen der Fahrauskunft nicht oder länger als 30 Minuten nicht fährt (bspw. Abholservices, Kostenerstattung von Taxifahrten, Bewerbung dieser Möglichkeiten durch die Verkehrsbetriebe),
- die Überprüfung des bisher erstellten, aber nicht beschlossenen und unveröffentlichten Lichtkonzeptes der Stadt Leipzig hinsichtlich der Ausleuchtung von un- oder kaum beleuchteten Straßen, Plätzen und Parks in einem angemessenen Ausgleich mit dem Tier- und Umweltschutz,
- die gesonderte Überprüfung der Park-and-Ride-Parkplätze der Stadt Leipzig hinsichtlich ihrer aktuellen Nutzung durch Frauen sowie ihre Aufnahme ins kommunale Lichtkonzept,
- die Überprüfung des bisher erstellten, aber nicht veröffentlichten Toilettenkonzeptes der Stadt Leipzig hinsichtlich der Verteilung, Erreichbarkeit, Barrierefreiheit und (finanziellen) Zugänglichkeiten der Toiletten für Frauen, insbesondere auch mit Behinderung,
- die (finanziell ausreichende) Unterstützung, Stärkung und Bewerbung von gemeinnützigen Angeboten wie dem Leipziger Heimwegtelefon e.V.
- die (finanziell ausreichende) Unterstützung, Stärkung und Bewerbung der Einrichtungen und telefonischen Erreichbarkeit der Frauenschutzhäuser in Leipzig,
- die Konzeptionierung und Umsetzung einer barrierefreien und öffentlich im Stadtraum sichtbaren Kampagne zur Stärkung der Zivilcourage gegen verbale wie körperliche Angriffe auf Frauen
- die Konzeptionierung und Umsetzung einer Pop-Up-Aktion im Öffentlichen Raum in Zusammenarbeit mit lokalen Künstler:innen, die bislang schlecht beleuchtete Parks oder Straßen kreativ beleuchtet, mit dem Ziel

Unsicherheitsgefühle abzumildern und durch die Kunst die Thematik des Sicherheitsgefühls in einer Stadt öffentlich macht.

- die Durchführung wissenschaftlich fundierter Veranstaltungen, welche die Täterseite (Personen und ermöglichende gesellschaftliche Strukturen) in den Blick nehmen
- Umsetzung einer Kampagne zur Sichtbarmachung der Täterseite/Aufklärung (auch hier: Wer sind die Täter? Warum werden sie gewalttätig? Welche Strukturen sind es, die diese tägliche Gewalt ermöglichen? Welche verinnerlichten Vorstellungen von Geschlechtern sind gewaltfördernd?)

Antrag SR 2

angenommen mit Ä01 und Ä02

EinreicherIn: Jusos Leipzig

Gib mir (mehr als) ein kleines bisschen Sicherheit

Der Stadtparteitag möge beschließen und an die SPD-Fraktion im Stadtrat weiterleiten:

Leipzig ist eine Metropole in the making. Wachstumsschmerzen sind diesem Prozess inhärent. Insbesondere im Bereich Sicherheit hat die Stadt Leipzig inzwischen einen hohen Nachholbedarf. Alle Bürger:innen haben ein Recht darauf, die Freiräume und Möglichkeiten zu haben, Leipzig wohl besonnen erleben zu können.
Sicherheit bedeutet für uns in erster Linie ein Umfeld zu haben, in dem das Handeln von Ordnungsamt oder Polizei auf das minimal erforderliche Maß ausgerichtet ist, insbesondere auf eine unterstützende und nicht provokative Weise zu handeln.

Um dieses Umfeld zu ermöglichen, fordern wir:

Ein neues Beleuchtungskonzept für Fuß- u. Radwege

Ein sicherer Heimweg in den Abendstunden geht uns alle an. Beleuchtung spielt dabei für das subjektive Sicherheitsempfinden, insbesondere von Frauen, eine große Rolle. Wenn vermeintliche Gefahren frühzeitig erkannt und als harmlos eingeordnet werden können, fördern wir ein sicheres Miteinander.
Leipzigs Rad- und Fußwege sowie Parkanlagen sind jedoch häufig schlecht beleuchtet. Unser Ziel muss es sein, durch ein neues Beleuchtungskonzept Sicherheit auch nachts zu schaffen.
Gleichzeitig stellen Lichtsmog und Energiekosten mit Blick auf deren direkte und indirekte Belastung für Umwelt und Klima reale Hürden in der Umsetzung eines umfassenden Beleuchtungskonzeptes dar. Dem kann zum einen durch spezielle Leuchtmittel entgegengewirkt werden, zum anderen fordern wir die Umstellung auf Bedarfsbeleuchtung, die durch Bewegungsmelder aktiviert wird. Ein Beispiel für die Umsetzung einer solchen Bedarfsbeleuchtung kann die Stadt Fulda sein. Dabei darf diese Umstellung niemals zulasten des Sicherheitsempfindens der Stadtbewohner*innen sein.
Auch sollen ÖPNV-Haltestellen durch den derzeitigen Betreiber besser ausgeleuchtet werden, da ihnen als zentrale Knotenpunkte eine besondere Bedeutung für den Individualverkehr zukommt.

Kommunal statt Privatinvestor

Nicht erst seit Putins Angriffskrieg auf die souveräne Ukraine rückt die Thematik der kritischen Infrastruktur wieder in das alltägliche Bewusstsein. Unter kritischer Infrastruktur (KRITIS)

verstehen wir, Organisationen oder Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden. Für die kommunale Ebene sind dies im Besonderen die öffentliche Gesundheitsfürsorge durch kommunale Kliniken, Strom-, Wasser- und Wärmeversorgung sowie die Gasversorgung. Wir fordern die SPD-Ratsfraktion daher auf, mittelfristig dafür Sorge zu tragen, diese Einrichtungen in der öffentlichen Hand zu halten.
Ferner zählen wir Wohnraum zur kritischen Infrastruktur. Niemand soll auf der Straße leben müssen. Wohnraum ist für alle da, eine Förderung von kommunalen Genossenschaften sowie Wohnungsbaugesellschaften, um den Bedarf an bezahlbaren Wohnraum in Leipzig für Menschen mit kleinen Einkommen, Studierende und Azubis muss kommunal sichergestellt werden. Dabei ist auf eine gute Durchmischung der Viertel zu achten.

Ein Dach für alle

Wohnraum ist für alle da. Eine Förderung von kommunalen Genossenschaften sowie Wohnungsbaugesellschaften muss sichergestellt werden, um den Bedarf an bezahlbaren Wohnraum in Leipzig für Menschen mit kleinen Einkommen, Studierende und Azubis gewährleisten zu können. Dabei ist auf eine gute Durchmischung der Viertel zu achten.

Leipzig führt bereits ein, erfolgreich durch die SPD-Stadtratsfraktion initiiertes, Modellprojekt zu *Housing First* durch. Ein sicheres Zuhause ist die Basis für ein eigenständiges Leben. Das ist der Kerngedanke von *Housing first*, einem Ansatz zur langfristigen Bekämpfung von Obdachlosigkeit. Betroffene werden unbefristet in Wohnungen untergebracht und werden dabei durch geschultes Personal betreut. Deshalb möchten wir das Konzept des Housing First stärker fördern und streben eine Verzahnung mit dem Programm Betreutes Wohnen an. Wir sehen das Housing First Konzept im Bereich der sozialen Sicherheitspolitik, damit Menschen ohne festen Wohnsitz einen sicheren Rückzugsort für sich in Anspruch nehmen können, immer wieder kommt es zu tödlichen Angriffen auf Obdachlose Menschen.

Awarenesstrukturen nicht nur auf Juso Partys

Innerhalb unseres Verbandes haben sich die Awarenesstrukturen bewährt, auch die SPD Leipzig initiiert immer mehr Konzepte, damit Diskriminierung entschieden entgegengetreten werden kann. Dabei ist klar, weder unser Verband noch die Partei oder die Stadt sind frei von Diskriminierung. Wir wollen jedoch das Konzept von Awarenesstrukturen mehr in die Zivilgesellschaft bringen. Insbesondere Leipzigs Nachtkultur liefert bereits gute Ansätze wie im IfZ oder elipamanoke. Diese sollen künftig kommunal stärker gefordert und besonders für größere Veranstaltungen in der Stadt forciert werden. Hierzu zählen im Besonderen der Weihnachtsmarkt als auch Großveranstaltungen im Sportbereich. Wir fordern daher, dass die Stadt Leipzig von Veranstalter:innen von Großveranstaltungen ein Awarenesskonzept

einfordert zur Genehmigung der Veranstaltung. Auch sollen die Konzepte durch unabhängige Stellen geprüft werden.

Sicher parken

Wir erkennen an, dass sich die Stadt Leipzig bemüht mehr qualifiziertes Personal im Ordnungsamt anzustellen. Besonders im Bereich der Parkraumüberwachung, damit wildes Parken keine Gefährdung für Fußgänger:innen und Radfahrende darstellt. Gleichwohl muss hier die Stadt noch mehr unternehmen. Abschleppen von falsch geparkten Fahrzeugen sollte die Regel und nicht die Ausnahme sein. Die Stadt muss die ihr gegebenen Möglichkeiten stärker nutzen. Daher fordern wir die Stadt auf, die App weg.li in ihr System zur Erfassung von Verkehrssünder:innen zu integrieren. Besonders das Zuparken der ohnehin wenig hilfreichen „Schutzstreifen“ für Fahrradfahrende, sowie der abgesenkten Bordsteine am Ende von Gehwegen muss stärker geahndet werden.

Für ein bürger:innennahes und gut ausgestattetes Ordnungsamt statt polizeilich anmutender Schriftzüge

In Leipzig führt das Ordnungsamt auf seinen Fahrzeugen wie Uniformen den gesetzlich zwar korrekten, aber wenig zweckdienlichen Aufdruck “Polizeibehörde”. Er trägt weder zur Aufgabenerfüllung bei, noch fördert er die kommunikative Nähe zu den Bürger:innen. Richtig ist, dass die Mitarbeiter:innen im Außendienst sich teils herausfordernden bis hin zu gefahrvollen Situationen gegenüber sehen können. Sie sind für eine Behörde tätig, deren Aufgaben im Bereich der Gefahrenabwehr liegen. Zugleich schafft der Schriftzug aber keine höhere Sicherheit für die Beamt:innen, sondern sorgt nur für Unklarheiten bei den Menschen, mit welcher Behörde sie es zu tun haben und was deren genaue Zuständigkeiten und Kompetenzen sind. Diese Unklarheit führt in der Folge zu Unsicherheit, Distanz und potenziellen Konfikten. Wir fordern deshalb, dass die Stadt Leipzig kommunikativ nicht auf Abschreckung und vermeintliche “Stärke” setzt und die Schriftzüge zu “Stadtordnungsamt” ändert. Die Mitarbeiter:innen sollen durch kompetente Aus- und Fortbildung das kommunikative Handwerkszeug für Konfiktsituationen, Sprachfortbildungen und eine gute wie für sie selbst auch sichere Ausrüstung zur Verfügung gestellt bekommen. Teaser, Schlagstöcke und Pfefferspray gehören nach unserer Auffassung nicht dazu; stattdessen stichsichere Westen und Handschuhe sowie eine verbesserte Funkausstattung und Erreichbarkeit zum Polizeivollzugsdienst in gefahrvollen Situationen.

Zusätzlich braucht es eine bessere Qualifizierung und aufgabenorientierte Einteilung des Personals beim Ordnungsamt. Dies gilt beispielsweise auch für die Mitarbeiter:innen der Versammlungsbehörde, die auf die Aktualität Ihres Wissensstandes besonders angewiesen sind. Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich kommunikativer Konfliktlosen und aktueller Rechtslagen im Versammlungsrecht können ihnen die Bewältigung ihre Aufgaben enorm erleichtern und auch den Kontakt mit den Bürger:innen sicher positiv beeinflussen. In diesem Bereich kann es zu besonders intensiven Konflikten zwischen Bürger:innen kommen, die ihr

Grundrecht auf Versammlungsfreiheit möglichst wirkungsvoll ausüben wollen, sowie der Versammlungsbehörde, deren Aufgabe neben der weitestmöglichen versammlungsrechtlichen Gewährleistung auch in der Gefahrenabwehr liegt. Daher braucht es zur Gewährleistung eines bürgerschaftlichen Verständnisses behördlicher Entscheidungen und eines behördlichen Verständnisses bürgerschaftlichen Erlebens der Situation eine nachträgliche Reflektionsmöglichkeit. Für die Bürger:innen sollte die Stadt Leipzig eine unabhängige Beschwerdestelle einrichten, welche möglichen Missverhalten von Mitarbeitenden nachgehen kann. Zugleich sollte den Mitarbeiter:innen auch das Angebot von Nachbesprechungen von Vorgängen, ggf auch mit Supervisionen, gemacht werden. Wir sind uns bewusst, dass die Mitarbeiter:innen nicht immer einen einfachen Job ausüben. Auch ist die Notwendigkeit eines Ordnungsamtes unumstritten. Es stellt unserer Ansicht nach jedoch die niedrigschwelligste Ordnungs- und Sicherheitsbehörde im Land dar. Diese Niedrigschwelligkeit muss sich auch nach außen für die Bürger:innen widerspiegeln und somit bürger:innennah daherkommen.

Antrag B1

angenommen mit Ä02 (Frieder Eccarius)

EinreicherIn: OV Leipzig-Altwest

Kostenlose Sprachkurse für kommunale Angestellte

Der Stadtparteitag möge beschließen und weiterleiten an die SPD-Stadtratsfraktion:

Die Verwaltung der Stadt Leipzig erweitert ihr Fortbildungsprogramm für die Mitarbeiter:innen der Stadt Leipzig um Sprachkurse in den verschiedensten Sprachbereichen wie folgt:

1. Inklusion: In den Bereichen Gebärdensprache sowie im schriftsprachlichen Bereich Leichte Sprache und Braille-Schrift wird das Fortbildungsangebot erweitert, um mindestens 14 Tage je 8 Unterrichtseinheiten à 45 Minuten.

2. Es werden weitere notwendige Fremdsprachen in das Fortbildungsprogramm aufgenommen, die im Umgang mit den Bürger:innen der Stadt Leipzig die Kommunikation für alle erleichtern. Hier soll der Umfang ebenfalls mindestens 14 Tage je 8 Unterrichtseinheiten à 45 Minuten betragen.

3. Da es sich beim Erlernen einer Sprache und die Anwendung von Amtswegen um eine hochwertige Fähigkeit handelt, sollte diese angemessen vergütet werden. Daher sollten Vorteile in der Vergütung durch höhere Eingruppierungen oder "Stufensprünge" als Anreiz angewendet werden. Vorteile in der Vergütung sollen beispielsweise durch modifizierte Stellenbeschreibungen realisiert werden.

Antrag B 2

angenommen mit Ä01

EinreicherIn: AsJ Leipzig/ Nordwestsachsen

Mehr Restitution wagen.

Der Parteitag der SPD Leipzig möge beschließen und an den Landesparteitag der SPD Sachsen mit dem Ziel der Weiterleitung an die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag und der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag weiterleiten:

1. Für einen besseren Zugang für Forscher:innen zu (Museums-)Archiven, um Hindernisse für die Erforschung der Herkunft (Provenienzforschung) von Raubobjekten aus kolonialen Kontexten abzubauen

Wir fordern einen besseren Zugang für Provenienzforscher:innen zu öffentlichen sowie privaten (Museums-)Archiven und den zu untersuchenden Objekten, insbesondere für Wissenschaftler:innen von nichtdeutschen bzw. nichteuropäischen Instituten bzw. sonstigen Forschungseinrichtungen, die zu Raubobjekten aus kolonialen Kontexten forschen. Der Zugang soll durch digitale Archivierung und digitale Plattformen zusätzlich verbessert werden.

2. Für eine Strategie über die Rückgabe von kolonialen Raubobjekten an die berechtigten Communities bzw. Staaten (Restitution) und für einen Leitfaden für eine einheitliche und mutige Museumspraxis

Ausgehend von den „Ersten Eckpunkten zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten der Staatsministerin des Bundes für Kultur und Medien, der Staatsministerin im Auswärtigen Amt für internationale Kulturpolitik, der Kulturministerinnen und Kulturminister der Länder und der kommunalen Spitzenverbände“ und dem „Konzept für die Errichtung und Ausgestaltung einer Kontaktstelle für Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten in Deutschland“ fordern wir die Erarbeitung einer langfristigen Strategie. Es soll beschlossen werden, wie mit Raubobjekten, die in kolonialen Kontexten auf deutsches Staatsgebiet verbracht worden sind, verfahren werden soll, und wie und an wen diese Objekte, wenn im konkreten Einzelfall die Restitutionsnotwendigkeit mithilfe von Wissenschaftler:innen festgestellt worden ist, zurückzugeben sind. Zur Unterstützung bei der Erarbeitung dieser Strategie soll eine unabhängige Expert:innenkommission eingesetzt werden, der auch Expert:innen angehören, die eine Nähe zu den betroffenen Communities und Staaten aufweisen.

Die Restitutionsstrategie soll u.a. Museen, Archiven, Bibliotheken und sonstigen Sammlungen einen Leitfaden für ihre Provenienzforschung bieten. Auch soll sie konkrete

Handlungsvorschläge in Richtung einer mutigen und einheitlichen Restitutionspraxis beinhalten.

Begründung

Allgemein
Eine umfassende und schonungslose Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit europäischer Staaten und des damit einhergehenden Unrechts, für das Deutschland verantwortlich ist, ist eng verknüpft mit der Erforschung und schließlich Restitution von Objekten, die in kolonialen Kontexten auf deutsches Staatsgebiet verbracht worden sind. Sowohl die Regierungskoalition in Sachsen als auch diejenige auf Bundesebene haben die Verantwortung erkannt und sich zum Ziel gesetzt, den entsprechenden Verpfichtungen zur Aufarbeitung und Rückgabe nachzukommen. Das zeigen entsprechende Abschnitte aus den jeweiligen Koalitions-verträgen: „Unsere besondere Beachtung gilt den Staatlichen Ethnographischen Sammlungen, deren Bestände eine Basis für die Entwicklung interkultureller Kompetenzen sind. Zugleich kommen wir unseren Verpfichtungen im Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Zusammenhängen nach.“ (Sächsische Regierungskoalition)

„Um die Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte voranzutreiben, unterstützen wir auch die Digitalisierung und Provenienzforschung des kolonial belasteten Sammlungsgutes und dessen Zugänglichmachung auf Plattformen. Im Dialog mit den Herkunftsgesellschaften streben wir Rückgaben und eine vertiefte ressortübergreifende internationale Kooperation an. Wir unterstützen insbesondere die Rückgabe von Objekten aus kolonialem Kontext. Außerdem entwickeln wir ein Konzept für einen Lernund Erinnerungsort Kolonialismus. Unsere Kulturpolitik leistet einen Beitrag für eine gemeinsame Zukunft zwischen Europa und Afrika. [...] Wir wollen koloniale Kontinuitäten überwinden, uns in Partnerschaft auf Augenhöhe begegnen und veranlassen unabhängige wissenschaftliche Studien zur Aufarbeitung des Kolonialismus.“ (Bundesregierungskoalition)

Angesichts dieser bereits seit 2019 (Sachsen) bzw. 2021 (Bund) formulierten Zielsetzungen, der großen historischen Verantwortung sowie der seit vielen Jahrzehnten dringenden Forderungen von Seiten der betroffenen Communities und Länder muss festgestellt werden, dass auf dem Feld der Provenienzforschung und Restitution kolonialer Raubobjekte mehr Aktivitäten auf Länder- und Bundesebene erforderlich sind. Wer, wie die SPD und ihre Partner, in allen gesellschaftlichen Bereichen mehr Fortschritt wagen will, der muss im kulturellen Kontext mehr Restitution wagen.

zu 1. Besserer Zugang für Provenienzforscher:innen zu (Museums-)Archiven
Grundlage aller Restitutionsbestrebungen ist eine rege Provenienzforschung. Um diese voranzutreiben, benötigen Wissenschaftler:innen, auch und gerade solche nichtdeutscher und nichteuropäischer Institute, besseren Zugang zu den Archiven der Museen und anderen

Sammlungen sowie zu den Verzeichnissen über alle Objekte, die sich im jeweiligen Bestand befnden. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion der AsJ Leipzig am 13.12.2022 hat Dr. Ohiniko Mawussé Toffa, Provenienzforscher am GRASSI Museum für Völkerkunde zu Leipzig, eindrücklich von Situationen berichtet, in denen ihm und anderen der Zugang zu Objekten verwehrt wurde. Damit wurde es ihm und anderen Wissenschaftler:innen unmöglich gemacht, die Herkunft der Objekte zu erforschen. Provenienzforscher:innen müssen jedoch stets die Möglichkeit haben, einschlägige Objekte zu untersuchen. Dies gilt auch und insbesondere für Wissenschaftler:innen nichtdeutscher und nichteuropäischer Institute, weil diese besser als andere in die Forschungsarbeit eine Perspektive einbringen können, die nicht von den Deutungsdogmen der westlichen Gesellschaften geprägt ist, die zum Teil auf kolonialen und damit rassistischen Denkmustern fußen. Anders als durch eine lebendige Provenienzforschung kann es nicht gelingen, zu einer angemessenen Restitutionspraxis zu gelangen.

Kultur ist grundsätzlich Ländersache. Die Eigentümerstellungen und die Zuständigkeiten für die Verwaltung und damit auch die Entscheidungsgewalt über die etwaige Rückgabe von Objekten aus kolonialen Kontexten ist zersplittert, schwer zu überblicken und erfasst teilweise auch Kulturträger:innen und Entscheider:innen auf Bundesebene. Sicher ist jedoch, dass die Bemühungen auf allen Ebenen gesteigert werden müssen, damit Deutschland seinen historischen Verpfichtungen und den selbst gegebenen Zielen (siehe oben die Auszüge aus den Koalitionsverträgen der Sächsischen und der Bundesregierungskoalition) nach einer mutigen Restitutionspraxis gerecht werden.

zu 2. Strategie über die Restitution von kolonialen Raubobjekten

Im Rahmen der oben genannten Podiumsdiskussion der AsJ Leipzig zum Thema Restitution kolonialer Raubobjekte hat sich - auch in Anbetracht der zersplitterten und schwer überblickbaren Zuständigkeiten und Gesetzgebungskompetenzen - herausgestellt, dass die Erarbeitung einer einheitlichen Strategie und eines Leitfadens als hilfreiche und am schnellsten umsetzbare Maßnahmen für ein einheitliches Restitutionsverfahren geeignet sind. Solche einheitlichen Strategien und Leitfäden können zu einer freiwilligen Selbstverpfichtung der entscheidungstragenden Stellen und Institutionen (Eigentümer, Stiftungen, Museen etc.) beitragen und damit die Schaffung von sog. “soft law” bewirken. Solche über das gesetzlich geforderte hinausgehende Selbstverpfichtungen haben sich bereits im Kontext der Restitution von Gegenständen bewährt, die durch das nationalsozialistische Regime den rechtmäßigen Eigentümern entzogen wurden. Ein anschauliches Beispiel dafür bilden die Washingtoner Prinzipien, ein 11-Punkte-Plan dazu, eine Einigung über nicht bindende Grundsätze zu Restitutionsfragen herbeizuführen. Auch die umgangssprachlich sogenannte “Limbach-Kommission” eignet sich als Beispiel für ein sinnvolles Gremium bzgl.
Restitutionsfragen, das nichtstaatlicher Natur ist. Die “Limbach-Kommission” kann angerufen werden, wenn Betroffene Fragen haben im Zusammenhang mit Restitution von nationalsozialistischen Raubgegenständen. Der Einsatz einer solchen Kommission bietet die

Vorteile, innerhalb der sehr komplexen Vorgänge, die ein Restitutionsverfahren haben kann, einen differenzierten Blick auf Eigentumsverhältnisse und die Rechtsnachfolge zu werfen. Auch eignet sich eine Kommissi-on besonders, um zwischen den oft zahlreichen Parteien, die am Verfahren beteiligt sind, zu vermitteln. Anhand dieser Beispiele lässt sich der immense Nutzen einer Strategie und eines einheitlichen Leitfadens auch im kolonialen Kontext nicht von der Hand weisen. Nach eingehender Recherche zeigt sich zudem, dass lediglich einzelne Handreichungen und Leitfäden von Universitäten und Museen sowie Museumsverbänden zum Umgang mit Prove-nienzforschung und Restitution existieren und dass diese nicht ausreichen, um zu einer muti-gen Restitutionspraxis zu gelangen. Folglich ist die Veröffentlichung eines einheitlichen Leitfadens durch die Landesregierungen/ die Kultusminister:innenkonferenz und die Bundesregie-rung nötig, um hier voranzukommen.

Darüber hinaus: Es gibt ein erstes Eckpunktepapier zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten vom 13.03.2019, welches von der Staatsministerin des Bundes für Kul-tur und Medien, der Staatsministerin im Auswärtigen Amt für internationale Kulturpolitik, der Kulturminister:innen der Länder und den kommunalen Spitzenverbände erstellt wurde. Dieses Papier kann nur Ausgangspunkt für eine langfristige Strategie sein. Es stellt insbesondere keinen geeigneten Leitfaden für die Praxis der Museen, Archive, Bibliotheken und Sammlungen dar.

Antrag I 1 - Initiativantrag

angenommen

EinreicherIn: AG ASJ (ASJ Leipzig), AG Jusos (Jusos Leipzig), OV Leipzig-Mitte, Irena Rudolph-Kokot und Jonathan Schramm (beide OV Leipzig-Mitte)

Initiativantrag: Demokratische Partizipation stärken – Versammlungen deeskalieren und differenzieren

Der Stadtparteitag der SPD Leipzig möge beschließen und an die Fraktion der SPD in der Leipziger Ratsversammlung weiterleiten:

Unter dem Eindruck der Ereignisse am Wochenende des 3. und 4. Juni 2023 in Leipzig und des Umgangs mit dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit:

I. Die SPD Leipzig stellt fest,

1. dass versammlungsrechtliche Allgemeinverfügungen, welche alle Veranstaltungen mit vordefinierten räumlichen, zeitlichen, formalen und thematischen Attributen verbieten, keine geeigneten Instrumente der Deeskalation sind.

2. dass sich versammlungsbedingte Situationen und Lageeinschätzungen vor Ort auch kurzfristig und schnell verändern können und sich ex ante nachvollziehbare Bewertungen ex post als falsch erweisen können. Jedoch dürfen diese Schwierigkeiten die Begründungslast der Einsatzkräfte, welche im modernen Staat als einzige legitim Gewalt ausüben dürfen, nicht zu einer Verlagerung derselben auf die Betroffenen führen. In einer Demokratie darf die Teilnahme an einer nicht verbotenen Demonstration oder das Aufhalten in Nähe zu Gefährdern allein niemals staatliche Repression rechtfertigen.

3. dass der Schutz von Abgeordnetenrechten im Rahmen von Versammlungslagen auch in konfliktbehafteten Situationen durch polizeiliche Einsatzkräfte stets zu gewährleisten und auf keinen Fall in Frage zu stellen oder gar zu negieren ist.

4. dass nach einem sozialdemokratischen Verständnis der Staat für seine Bürger:innen und deren Interessen an einer möglichst unbeeinträchtigten Ausübung ihrer Grundrechte Verantwortung trägt, nicht die Bürger:innen für den Staat als nur ordnungswahrendes Gebilde.

II. Die SPD Leipzig fordert die Fraktion der SPD in der Leipziger Ratsversammlung auf, sich für die Umsetzung der nachfolgenden Maßnahmen in der Ratsversammlung und seinen Gremien sowie gegenüber den nachfolgend genannten Akteur:innen einzusetzen:

1. dass Entscheidungen zu Versammlungsverboten sowie Polizeipräsenz und -auftreten auf Versammlungen nicht zum Zweck der Erzeugung politisch nutzbarer Bilder („hartes

Durchgreifen“, „darf man sich nicht gefallen lassen“, „ganze Härte des Rechtsstaates spüren“), sondern allein auf Grundlage einer Prognose darüber getroffen werden, welches Szenario mit weniger Gefahren für Rechtsgüter verbunden ist.

2. dass die Stadt Leipzig gemeinsam mit dem Sächsischen Staatsministerium des Innern das demokratieimmanente Bedürfnis nach Versammlungen anerkennt, sich aktiv für eine friedliche Befriedigung desselben einsetzt und ihrer Ermöglichungsfunktion in Bezug auf das Grundrecht der Versammlungsfreiheit gerecht wird. Dies setzt eine an der einzelnen Versammlung orientierte Gefahrenprognose voraus.

3. dass eine Reflexion in Versammlungsbehörde und Staatsministerium des Innern über die Wirkung von pauschalen Versammlungsverboten und Polizeipräsenz – und -auftreten auf Versammlungen durchgeführt wird; unter Zuhilfenahme externer Expertise soll eruiert werden, ob und welchen Anteil versammlungsrechtliche Verbote und Polizeipräsenz und -auftreten auf Versammlungen an Eskalation und Gewalt seitens der Teilnehmer:innen haben. Dabei ist gegenüberzustellen, in welchem Umfang Rechtsgüter jeweils in einem Szenario ohne und mit großer Polizeipräsenz sowie Versammlungsverboten konkret gefährdet werden würden.

4. dass neben der Entscheidung über Versammlungsverbote auch im Bereich polizeilicher Einzelmaßnahmen im Hinblick auf deren Adressaten kritisch reflektiert wird.

5. dass die Versammlungsbehörde der Stadt Leipzig in künftigen Situationen im Rahmen von Kooperationsgesprächen und in anderen geeigneten Maßnahmen die vor Ort im Einsatz tätigen Polizeibediensteten auf die Anwesenheit von Abgeordneten und deren besonderen Schutzstatus hinzuweisen hat.

<u>Begründung</u>

Dieser Antrag ist ein Initiativantrag, da sowohl das antragsauslösende Ereignis, die Versammlungsgeschehen um den 3. Juni 2023 in Leipzig, als auch dessen politische Aufarbeitung, u.a. durch die Sondersitzung des Innenausschusses des Sächsischen Landtags am 12. Juni 2023, nach dem Antragsschluss stattfanden.

Die SPD Fraktion im Sächsischen Landtag äußerte sich über ihren innenpolitischen Sprecher Abrecht Pallas via Pressemitteilung zu den Geschehnissen.[1]

Vor diesem Hintergrund sehen wir einen Beschluss der SPD Leipzig als besonders bedeutsam an.

Partizipation am öffentlichen Diskus ist für Demokratien konstituierend und existentiell. Die Herrschaft des Volkes setzt voraus, dass sich die Beherrschten mit *die das Gemeinwesen betreffende* Fragestellungen (griechisch *politiká*) auseinandersetzen und ihre Meinungen in die politischen Debatten einbringen.

In Leipzig, dessen Bevölkerung die Möglichkeit, staatliches Handeln friedlich und unter dem Schutz desselben kritisieren zu können, teuer und unter Einsatz von Leben und körperlicher

[1] https://www.spd-fraktion-sachsen.de/le0306/.

Unversehrtheit miterkämpft hat, ist Wissen um Bedeutung und Fragilität der Versammlungsfreiheit Teil der stadtgesellschaftlichen DNA.

Die Erinnerung an die Beschneidung individueller Freiheiten mit pauschalem Verweis auf Ordnung und Sicherheit des Staates ist am Ort der friedlichen Revolution präsent.

Das Bundesverfassungsgericht beschreibt diese demokratischen Gelingensvoraussetzungen wie folgt:

„Die Meinungsfreiheit ist für eine freiheitlich-demokratische Staatsordnung schlechthin konstituierend, denn sie ermöglicht erst die ständige geistige Auseinandersetzung, den Kampf der Meinungen, der ihr Lebenselement ist. Sie ist in gewissem Sinn die Grundlage jeder Freiheit überhaupt.“[2]

Aufgabe der Polizei ist der Schutz des Staates – in demokratischen Staaten mithin der Schutz der Demokratie in all seinen Ausdrucksformen. Versammlungen als Ausdruck demokratischer Partizipation sind deshalb zuvorderst schutzwürdig.

Das schließt nicht aus, dass Versammlungen Anlass bieten, für die Gefährdung anderer Rechtsgüter wie Leben, körperliche Unversehrtheit und Eigentum. Insbesondere bewusste Versuche Vertreter:innen des Staates zu verletzten, muss entgegengewirkt werden, Täter:innen strafrechtlich belangt werden.

Sowohl aus rechtlichen als auch (polizei-)taktischen Gründen erfordern Versammlungen als Ereignisse menschlichen Zusammentreffen aufgrund dieser Gleichzeitigkeit und Heterogenität einen differenzierten Blick auf die Motive und Gefahren- und Chancenpotentiale der Teilnehmer:innen für die Demokratie.

Teilnehmer:innen einer Demonstration sind prima facie ein Gewinn für unsere Demokratie und sollten als solche in den staatlichen Behörden Unterstützer:innen ihres Anliegens, kollektive Meinungsbildung – und -äußerung, finden. Mit Demonstrationen verbundene Gefahrenpotentiale für die Demokratie muss hingegen entgegengewirkt werden.

Dem Versuch konservativer Strömungen, politische Debatte zwischen den Polen Polizei gut, Teilnehmer:innen von progressiven Versammlungen schlecht zu verorten, stellen wir uns entscheiden entgegen. Vielmehr setzen wir in der öffentlichen Debatte auf eine Kultur des „einerseits/andererseits“, die einerseits die Gefährdung von Polizist:innen im unmittelbaren Kontakt mit Personen mit unbekannten Motiven anerkannt, aber trotz dieser täglichen Gefährdungslagen staatlicher Gewalt andererseits keinen Freifahrtschein einräumt, der auch Gewalt gegen Handlungen demokratischer Partizipation einschließt und diese mittelfristig zum erliegen bringen könnte.

Das Bedürfnis nach öffentlicher Auseinandersetzung mit bestimmten Themen und Ereignissen lässt sich nur lenken und nicht verbieten. Pauschale Verbote bringen auch solche Gruppen gegen Staat und Polizei auf, die in beiden bislang Beschützer ihrer Interessen gesehen haben. Damit steigt die Gefahr der Polarisierung und des Gegeneinanders von Polizei und Zivilgesellschaft.

[2] BVerfG, Beschluss des Ersten Senats vom 15. Januar 1958 – 1 BvR 400/51 –, Rn. 31.

Ein Staat muss Kritik an staatlicher Gewalt nicht nur schützen und aushalten, sondern sie in der Demokratie – gegenüber autokratischen Staatsformen – als Zeichen funktionierender Demokratie unterstützen. Ein Staat, der nicht den Schutz von Rechtsgütern und Rechtsvorschriften, sondern Inhalt der Meinung zum Maßstab seines Handeln macht, steht an der Schwelle zur Autokratie.

Seit langem wird öffentlich diskutiert, welche psychologischen Folgen die Präsenz von Polizei bei solchen Gruppen hat, die schlechte Erfahrungen mit der Polizei gemacht haben.[3] Ohne die Nachvollziehbarkeit dieses Gefühls zu bewerten, könnte es – wenn allein die Deeskalation Ziel polizeilicher Strategieüberlegungen ist – hilfreich sein, auch diese Erkenntnisse in zukünftige Planungen miteinzubeziehen. Auch das Verbot von Versammlungen kann das Gefühl eines „jetzt erst recht“ bei bestimmten Gruppen verstärken. Die Polizei sollte sich diesem Gefühl nicht selbst emotional folgen, sondern überlegen, ob trotz einzelner Gefährder in der Abwägung ein Verbot nicht eskalierender wirkt als das Vorgehen gegen einzelne gewaltbereite Teilnehmer:innen. Insbesondere sollte keine Rolle spielen, dass ein zurückhaltendes Verhalten zwar deeskalierender, aber medial weniger für die eigene Politik nutzbar gemacht werden kann.

Das Bedürfnis, sich in zeitlicher Nähe mit aktuellen Ereignissen öffentlich auseinanderzusetzen, kann – im Gegensatz zu Versammlungen – durch rechtliche Regelungen nicht verboten werden. Besser wäre es, dieses Bedürfnis anzuerkennen und z.B. durch Austausch mit gesellschaftlichen Gruppen aktiv nach Wegen zu suchen, wie dieses Bedürfnis friedlich befriedigt werden kann. Durch Allgemeinverfügungen wird dieses Bedürfnis negiert und keine Abflussmöglichkeit aufgezeigt.[4]

Parallel zur Frage von pauschalen – in Form einer Allgemeinverfügung erlassenen – Versammlungsverbote dürfen sich auch Einzelmaßnahmen der Polizei nicht gegen ein vermeintliches Kollektiv richten, sondern müssen den Einzelfall – auch bei komplexen Lagen – berücksichtigen.[5]

[3] Müller, Das subjektive Sicherheitsgefühl. Ein Betätigungsfeld für die Polizei?, SIAK-Journal 2018, 43 (47).
[4] Schramm, Kollektive Unfriedlichkeit: Zur versammlungsrechtlichen Allgemeinverfügung der Stadt Leipzig anlässlich der Solidaritätskundgebungen für Lina E. am Wochenende, VerfBlog, 2023/6/02.
[5] Vetter, Rechtsstaat in Gewahrsam: Was sind Versammlungsfreiheit und Verhältnismäßigkeit wert, wenn der Staat sie nicht achtet?, VerfBlog, 2023/6/10.